

Ludger Mees

Der spanische »Sonderweg«

Staat und Nation(en) im Spanien des 19. und 20. Jahrhunderts

1. GIBT ES EINEN SPANISCHEN SONDERWEG?

Wenn heutzutage ein Historiker oder Sozialwissenschaftler noch wagt, den schillernden Begriff »Sonderweg« zu benutzen, muss er sich darauf einstellen, von den Kollegen der Zunft sofort entweder als extravaganter Besserwisser oder schlicht als Ignorant abqualifiziert zu werden. Dieses Risiko wird hier eingegangen, auch wenn es gleichzeitig erstens durch eine »weiche« Definition des Begriffs und zweitens durch eine – meiner Meinung nach – lohnende methodologische Zweckbestimmung eingedämmt werden soll.¹

Wenn also im Folgenden vom »spanischen Sonderweg« gesprochen wird, impliziert das nicht die normative Vorstellung von der Existenz irgendeines anderen »normalen« Weges zur Modernität. Die spanische Entwicklung kann und soll nicht auf die Stufe einer atypischen »Abweichung« vom Modell reduziert werden, da dieses Modell – zumindest in Reinform – gar nicht existiert. Wenn also die spanische Geschichte des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts in diesem Sinne durchaus als einzigartig verstanden wird, ebenso wie die deutsche, die französische oder die englische, so soll damit allerdings kein Neohistorismus propagiert werden. Vielmehr werden neben der jeweils landesspezifischen Partikularsituation allgemeine und vielen westeuropäischen Staaten gemeinsame geschichtsprägende Entwicklungstrends konstatiert, mit denen die Geschichte des spanischen Nationalstaats im 19., aber auch im 20. Jahrhundert kontrastiert werden soll. Darüber hinaus wird hier außerdem eine Verlagerung der Themenschwerpunkte vorgenommen, die im Mittelpunkt der Debatte um den »deutschen Sonderweg« gestanden haben (oder noch stehen?). Galt das Augenmerk im deutschen Fall im Wesentlichen der von den Initiatoren der Debatte konstatierten Diskrepanz zwischen wirtschaftlicher Modernität und politischer (und sozialer) Rückständigkeit, eine Vorstellung, die in der These von der in vieler Hinsicht defizitären Bürgerlichkeit der deutschen Gesellschaft im 19. Jahrhundert gipfelte, so soll im spanischen Fall das Interesse auf eine etwas andere Art von Dissonanz und Ungleichzeitigkeit gelenkt werden: Gemeint ist die Diskrepanz zwischen einem dieser erwähnten europäischen Entwicklungstrends, dem Aufstieg des Nationalstaats bis hin zu seiner imperialistischen Überhöhung im langen 19. Jahrhundert auf der einen Seite, und dem langsamen, aber kontinuierlichen Niedergang des spanischen Staates im gleichen Zeitraum, auf der anderen Seite. Mit anderen Worten: Während nach dem Wiener Kongress praktisch überall in Europa die Idee des Nationalstaats zunächst als politisches Instrument im Kampf gegen das Ancien Régime eine massenmobilisierende Dynamik erlangte, die sich in Nationalbewegungen, Nationalstaatsgründungen und später dann, vor allem nach 1871, im imperialistischen Wettlauf um die Aufteilung der Welt niederschlug, sah die Situation in Spanien ganz anders aus. Nach der Vertreibung Napoleons begann eine lange Periode der Bürgerkriege und Militärputsche, in der ein schwacher Liberalismus auf zum Teil unüberwindbare Hinder-

¹ Ich danke Klaus-Jürgen Nagel für seine kritischen Kommentare zu einer ersten Fassung dieses Artikels. Die in dieser definitiven Version noch verbleibenden Mängel gehen selbstverständlich ausschließlich auf das Konto des Autors.

nisse beim Ausbau und der inneren Konsolidierung des Nationalstaates stieß und an deren Ende die einst mächtigste Kolonialmacht auf die erniedrigende Stufe eines Dritt- oder Viertklässlers im europäischen Machtgefüge degradiert wurde. Während sich im 19. Jahrhundert also in Westeuropa – mit der Ausnahme Irlands – der moderne Staat mit all jenen klassischen Weberschen Attributen (Gewaltmonopol, Territorium, Herrschaftslegitimation, Herrschaftsinstrumente)² durchgesetzt hatte, wurde in Spanien das liberale Gewaltmonopol durch absolutistische Restauration, in drei Bürgerkriegen und durch zahlreiche Militär-*Pronunciamientos* permanent herausgefordert. Diese Konflikte wiederum belegen deutlich, dass von einem mehrheitlichen Konsens zur Herrschaftslegitimation des liberalen Staates nicht die Rede sein konnte, zumal sich dessen Herrschaftsinstrumente – wie noch zu zeigen sein wird – auch nur rudimentär und verspätet herausbildeten. Die Folgen dieser spanischen Sonderentwicklung sind noch am Übergang zum 21. Jahrhundert deutlich sichtbar: In keinem anderen westeuropäischen Land gibt es gegenwärtig derart starke Herausforderungen des Nationalstaats durch periphere Nationalismen, wie das in Spanien mit seinen alternativen Nationalbewegungen der Katalanen, der Basken und der Galizier der Fall ist. Die Tatsache, dass einer dieser Nationalismen seit den 1960er Jahren auch massiv durch die Anwendung politischer Gewalt in Erscheinung trat, verleiht dieser spanischen Sonderentwicklung noch eine zusätzliche, ebenso partikulare wie dramatische Note.

Verständlicherweise kann in diesem Beitrag kein stringenter Vergleich zwischen dem spanischen und dem resteuropäischen *State-* und *Nation-Building* durchgeführt werden. Das ist aus Platzgründen nicht möglich, aber vor allem auch deshalb nicht, weil ein absoluter Mangel an handfesten, komparativen Vorstudien zu diesem Thema zu verzeichnen ist. Trotz des europäischen Integrationsprozesses der letzten Jahrzehnte lässt sich auch heute noch eine kulturelle, oft auch sprachlich bestimmte Barriere zwischen Nordwest- und Südeuropa feststellen. Bezeichnend für diese Situation ist etwa die Tatsache, dass Spanien aus dem internationalen und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Makro-Forschungsprojekt zur vergleichenden europäischen Bürgertumsgeschichte – im Gegensatz etwa zu verschiedenen osteuropäischen Ländern – ausgeschlossen wurde. Auf der anderen Seite hat die traditionelle, oft exklusive, auch sprachliche Fixierung vieler spanischer Historiker auf die französische Geschichtsschreibung die Erweiterung des analytischen Blickwinkels auf die Geschehnisse in anderen europäischen Ländern nicht gerade gefördert. Dieser Beitrag – und sein Titel – verstehen sich deshalb auch nicht als ein fertiges Produkt, sondern als Anstoß und Aufforderung zur Vertiefung der komparativen Methode in einem bislang noch unzulänglich bearbeiteten Thema: dem Vergleich der süd- und der nordwesteuropäischen Prozesse des *Nation-* und *State-Building*.

Ausgehend von der Arbeitshypothese, dass die spanische Entwicklung hin zur Ausformung und Konsolidierung des Nationalstaates bestimmte, im Vergleich mit anderen europäischen Ländern charakteristische Sondermerkmale aufwies, soll es im Folgenden darum gehen, diese Merkmale in vier Schritten herauszuarbeiten und offen zu legen. Ausgangspunkt ist dabei zunächst der bürgerliche Nationalstaat des 19. Jahrhunderts und sein Träger, der spanische Liberalismus. Die Krise dieses Staates, bedingt nicht zu-

2 »Für unsere Betrachtung ist also das rein Begriffliche festzustellen: Dass der moderne Staat ein anstaltsmäßiger Herrschaftsverband ist, der innerhalb eines Gebietes die legitime physische Gewalt-samkeit als Mittel der Herrschaft zu monopolisieren mit Erfolg getrachtet hat und zu diesem Zweck die sachlichen Betriebsmittel in der Hand seiner Leiter vereinigt, die sämtlichen eigenberechtigten ständischen Funktionäre aber, die früher zu Eigenrecht darüber verfügten, enteignet und sich selbst in seiner höchsten Spitze an deren Stelle gesetzt hat.« Vgl. *Max Weber*, Die rationale Staatsan-stalt und die modernen politischen Parteien und Parlamente (Staatssoziologie), hier zitiert nach *ders.*: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen ⁵1980, S. 815–868, Zitat S. 824.

letzt durch den Untergang des Imperiums, sowie ihre Rückwirkungen auf den Prozess des spanischen *Nation-Building* sollen an zweiter Stelle analysiert werden. Die peripheren Nationalismen, Produkte dieser Krise, und die Grundzüge ihrer Entwicklung bilden das Thema des dritten Kapitels. An vierter Stelle wird dann das Problem der ethnischen Gewalt im Baskenland als weiteres Sondermerkmal des komplizierten Verhältnisses zwischen Staat und Nation(en) im Spanien des 20. Jahrhunderts abgehandelt, um sodann abschließend nach dem Ende des spanischen Sonderwegs zu fragen.

2. DIE SCHWÄCHE DES LIBERALEN NATIONALISMUS

In der Forschung gilt Spanien, im Gegensatz zu Italien oder Deutschland, in der Regel als ein mit Frankreich oder England vergleichbarer traditioneller und früher Nationalstaat, dessen Wurzeln zumindest bis ins Mittelalter zurückreichen. Jenkins und Sofos etwa sprechen ohne Einschränkung von den »old established states like Spain, Britain and France«. Auch Hagen Schulze lässt in seiner informativen und anregenden Studie über »Staat und Nation in der europäischen Geschichte« keinen Zweifel an der spanischen Staatsnation:

»Die geographisch abgesonderte Lage Spaniens, aber auch die hohe Militarisierung der Bevölkerung seit der Reconquista – alles das führt dazu, dass wir bereits im Spanien des 16. Jahrhunderts, wenn auch in gänzlich anderen Formen, einen ähnlich hohen staatlichen wie kulturellen Nationalisierungsgrad vorfinden wie bei dem Erbfeind England.«³

González Antón geht noch weiter mit seiner Behauptung, Spanien bilde eine »unbestreitbare Gemeinschaft«, deren Wurzeln »über zweitausend Jahre zurückreichen«, weshalb das Land auch »zu den zwei oder drei ältesten und territorial am meisten definierten ›Nationen‹ gehört, aus denen sich heute das alte Europa zusammensetzt.«⁴

In der Tat gibt es frühe Anzeichen zur Absicherung dieser These. Die Heirat von Isabella und Ferdinand, den späteren »Katholischen Königen«, im Jahre 1469 bereitete den Zusammenschluss der beiden mächtigsten Königreiche der iberischen Halbinsel vor, ein Ereignis, das 1516 *de jure* bestätigt wurde. Wenige Jahre vorher (1492) wurde mit dem Fall Granadas die Reconquista, die Rückeroberung der von den Mauren besetzten Gebiete abgeschlossen. Mit der Vertreibung der Juden und der Zwangstaufe der im Land verbliebenen Muslime wurde trotz der dadurch verursachten wirtschaftlichen Schäden auch die religiöse Einheit der Bevölkerung ein gutes Stück weit vorangetrieben. An der Spitze dieses Einigungsprozesses stand die mächtige katholische Kirche, die als oberste Kontrollinstanz der Inquisition mit dieser über ein wirkungsvolles Instrument verfügte, das gegen jegliche Art von Dissidenten skrupellos eingesetzt wurde.

Ebenso wie die religiöse wurde auch die territoriale Einheit des Staates frühzeitig begründet. Der Pyrenäen-Vertrag (1659) legte die Grenze mit Frankreich fest. Neun Jahre später wurde die Loslösung Portugals vom Rest der Monarchie definitiv. Durch den *Frieden von Utrecht* (1713) kam es dann zum Rückzug Spaniens auf die iberische Halbinsel, da das Land seine italienischen Gebiete und seine Kontrolle über die Niederlande verlor.⁵ Unter Philipp V. wurde diese territoriale Vereinheitlichung nach außen durch

3 Hagen Schulze, *Staat und Nation in der europäischen Geschichte*, München 1994, S. 139; Brian Jenkins/Spyros Sofos, *Nation and Nationalism in Contemporary Europe: A Theoretical Perspective*, in: Dies. (Hrsg.), *Nation and Identity in Contemporary Europe*, London 1996, S. 9–32, Zitat S. 10.

4 Luis González Antón, *España y las Españas*, Madrid 1997, S. 9. Diese und alle folgenden Übersetzungen aus dem Spanischen sind von mir (L. M.).

5 Jover spricht von der »peninsularización« Spaniens als Folge des Utrechter Friedensvertrags. Vgl. José María Jover Zamora, *La civilización española a mediados del siglo XIX*, Madrid 1992, S. 100.

eine politische und administrative Homogenisierung und Zentralisierung nach innen ergänzt. Nach seinem Sieg im Erbfolgekrieg erließ der Herrscher die sogenannten »Decretos de Nueva Planta«, in denen die Selbstverwaltungsrechte von Aragón, Valencia, Katalonien und Mallorca abgeschafft und diese Gebiete des alten Königreichs von Aragón der Krone Kastiliens untergeordnet wurden, dessen Verwaltungssystem von nun an als verbindliches Modell für alle neu integrierten Teile des Königreichs galt. Viele Historiker sahen (und sehen) in diesen Vereinheitlichungsdekreten und den sich in den darauf folgenden Jahrzehnten anschließenden komplementären Homogenisierungs- und Zentralisierungsmaßnahmen die eigentliche Geburt des modernen spanischen Staates. Domínguez Ortiz, einer der besten Kenner der spanischen Frühen Neuzeit, sprach schon in den 1950er Jahren in seiner viel zitierten Studie etwas pathetisch von Spanien als »der auserlesensten Schöpfung unseres 18. Jahrhunderts, die aus dem Nebel herauskommt und solide und greifbare Konturen annimmt«.⁶ Diese Interpretation hat sich bis heute gehalten. Sie gipfelt in der These, dass der »Einigungs-Wirbelwind«⁷ Philipp V. einen wesentlichen Beitrag dazu leistete, nicht nur den Prozess der spanischen Staatsbildung voranzutreiben, sondern auch bedeutende, »für viele Historiker entscheidende Fortschritte bei der Konstruktion der spanischen Nation« zu ermöglichen.⁸ War Spanien also schon vor dem Beginn der bürgerlichen Revolution ein moderner Staat oder möglicherweise schon eine moderne Nation, verstanden als Solidargemeinschaft, »die sich aufgrund vielfältiger historisch gewachsener Beziehungen sprachlicher, kultureller, religiöser oder politischer Art ihrer Zusammengehörigkeit und besonderer Interessen bewusst geworden ist«⁹, ein klar abgegrenztes Territorium bewohnt und den Anspruch auf politische Selbstbestimmung erhebt?

Diese Frage wird heute von den spanischen Historikern und Sozialwissenschaftlern sehr polemisch diskutiert, wobei der politische Streit zwischen den peripheren Nationalismen und den Verteidigern gesamtspanischer, unitaristischer Optionen unerschwellig oft auch eine Rolle spielt. Auch wenn kaum Zweifel an den tiefliegenden historischen Wurzeln des spanischen *State-Building* bestehen dürften, können doch die Hindernisse und Defizite dieses Prozesses nicht übersehen werden.¹⁰ Als im Mai 1808 mit dem Beginn des Volksaufstands gegen die napoleonische Besatzung das Signal für den Aufbruch in die bürgerliche Epoche gegeben wurde, war Spanien noch längst kein moderner Staat im Sinne der schon zitierten Weberschen Definition. Einmal ganz abgesehen vom Fortbestand regionaler Traditionen, Kulturen und Sprachen, verbunden mit einem krassen Entwicklungsgefälle zwischen den verschiedenen Teilen des Königreichs, reichten das Gewaltmonopol und die Herrschaft der Krone nicht in alle diese formell angeschlossenen Gebiete. Aus Dank für ihre Unterstützung im Erbfolgekrieg hatte Philipp V. den baskischen Regionen, d.h. dem alten Königreich Navarra und den Provinzen Alava, Guipúzcoa und Vizcaya, ihre historischen weitgehenden Selbstverwaltungsrechte bestätigt. Dort konnte gar keine Rede sein von der »Enteignung eigenberechtigter Funk-

6 Antonio Domínguez Ortiz, *La sociedad española en el siglo XVIII*, Madrid 1955, S. 40 f.

7 Jover, S. 118.

8 Zu dieser Schlussfolgerung gelangt Morales Moya, der sich dabei neben seinen eigenen Forschungsarbeiten auf verschiedene Studien bedeutender Sozialwissenschaftler und Historiker wie Tomás y Valiente oder Jover stützt. Vgl. Antonio Morales Moya, *Los orígenes de la administración pública contemporánea*, in: *Ders./M. Esteban de Vega* (Hrsg.), *La historia contemporánea en España*, Salamanca 1996, S. 53–72, Zitat S. 57.

9 Peter Alter, *Nationalismus*, Frankfurt a.M. 1985, S. 23.

10 Einen guten Überblick über die neueste Literatur zu diesem Thema bietet der Aufsatz von Maricó Janué y Miret, *La construcción del estado liberal y sus élites en la historiografía española: ¿Ni revolución ni burguesía?*, in: *Notas. Reseñas iberoamericanas. Literatura, sociedad, historia* 13, 1998, S. 40–59.

tionäre«, d.h. in diesem Fall der traditionellen aristokratischen regionalen Herrschaftseliten durch den Staat. Im Gegenteil: Die in den *Fueros* festgeschriebenen Selbstverwaltungsrechte garantierten diesen Eliten umfangreiche »sachliche Betriebsmittel« zur Ausübung ihrer Herrschaft (Steuerhoheit, eigene Institutionen, Polizeikörper, Vetorecht gegen die Anwendung spanischer Gesetze, Freistellung vom Militärdienst, Freihandelszone u.a.). Die Nachfolger Philipps V. bestätigten den Basken regelmäßig diese Sonderrechte und erwarben sich dadurch deren Loyalität. Auf diese Weise wurden die selbstverwalteten baskischen Territorien zu wichtigen Stützen des spanischen Ancien Régime. Spätestens seit dem Moment, in dem klar wurde, dass sich die Volksbewegung von 1808 nicht nur gegen die Franzosen richtete, sondern auch gegen das korrupte Herrscherhaus des Bourbonen Karl IV., war es abzusehen, dass die Krise und der anschließende Verfall des Absolutismus sich auch auf die innere Verfassung des Staates auswirken werde. Wie anderswo in Europa präsentierte sich der Liberalismus auch in Spanien als überzeugter Verfechter der Idee des unitären Nationalstaats, dessen Verfassung die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz garantieren und alle Relikte feudalistischer Fürstenherrschaft und regionaler »Privilegien« ausradieren sollte. Für die spanischen Liberalen waren die baskischen »Fueros« nicht mehr respektable und trotz ihrer Sonderstellung der Krone gegenüber stets loyale Bestandteile des Staates, sondern als Freiheitstempel getarnte Bollwerke der klerikalen und aristokratischen Reaktion, die es im Namen der Verfassung und zum Wohle der Gleichheit aller spanischen Bürger niederzureißen galt. Weniger radikal war die Sichtweise der baskischen Liberalen, die sich größtenteils aus den Kreisen des aufkommenden Industrie- und Handelsbürgertums rekrutierten. Sie traten nicht für die gänzliche Abschaffung der »Fueros« ein, sondern für deren Modernisierung im Sinne einer Demokratisierung der Selbstverwaltungsinstitutionen zu ihren Gunsten. Dazu kam die Forderung nach einer Verlegung der Zollgrenze vom Landesinneren an die Küste, da die aus Europa zollfrei eingeschifften billigen Eisenprodukte den Ruin zahlreicher traditioneller Eisenhütten in den baskischen Provinzen bewirkt hatten.

So blieb in den ersten zwei Dritteln des 19. Jahrhunderts die Auseinandersetzung zwischen Liberalismus und Absolutismus eng verknüpft mit der Frage der inneren Struktur des spanischen Staates. Auch wenn die Gründe für die zwei großen Bürgerkriege (1833–1839; 1872–1876) zwischen den Liberalen und den Neoabsolutisten (»Karlistenkriege«) weit vielschichtiger sind und nicht einfach als »baskische Befreiungskriege« charakterisiert werden können, wie das von historisierenden Politikern und politisierten Historikern nicht selten geschieht, so ist doch festzuhalten, dass die baskischen Provinzen mehrheitlich auf Seiten der Karlisten standen und dass ein wesentlicher Teil des militärischen Kampfgeschehens auf baskischem Boden stattfand. Als nach der karlistischen Niederlage im ersten Krieg das Gesetz vom 25. Oktober 1839 die *Fueros* zwar bestätigte, diese aber an die »konstitutionelle Einheit der Monarchie« band, war der erste Schritt zur Abschaffung der baskischen Selbstverwaltung und zur zentralistischen Vereinheitlichung des liberalen Verfassungsstaates gemacht. Zwei Jahre später wurde die Zollgrenze an die Küste verlegt und damit der spanische Binnenmarkt auf die baskischen Gebiete ausgeweitet. 1876 schließlich, nach der erneuten Niederlage der Karlisten und dem definitiven Untergang ihres traditionellen, dezentralen Staatsmodells, wurden die *Fueros* gänzlich abgeschafft. Die einzige Konzession der konservativen Regierung Cánovas war die Gewährung einer weit reichenden Steuerhoheit an die baskischen Provinzen, die nun aber in jeglicher Hinsicht den restlichen spanischen Provinzen gleichgestellt waren.

Es dauerte also bis 1876, dass die konstitutionelle Einheit des spanischen Staates, und damit ein wesentlicher Bestandteil des liberalen Programms, realisiert war. Der Neoabsolutismus der Karlisten war – zumindest militärisch – endgültig geschlagen, das physische Gewaltmonopol lag nun bei den Regierungen der Restaurationsmonarchie bzw. in

den Händen des Monarchen als dem Inhaber der obersten militärischen Befehlsgewalt. Auch im Baskenland hatte sich der Staat nun endlich an die Stelle der einstmals *eigenberechtigten ständischen Funktionäre* gesetzt. Das *State-Building* war, wenn auch spät, erfolgreich abgeschlossen.

Diese auch militärisch erkämpfte staatliche Einheit Spaniens stand allerdings von Anfang an auf einer recht prekären Grundlage, da ihre Errichtung nicht – oder nur in unzureichendem Maße – von einem Prozess der »Nationalisierung der Massen«¹¹ begleitet wurde. Der apodiktische Verweis auf das totale »Scheitern« der bürgerlichen Revolution in Spanien als Ursache dieser Rückständigkeit bei der Formierung der spanischen Nation erweist sich allerdings im internationalen Vergleich als nicht angemessen, um die wesentlich komplexere historische Realität adäquat zu beschreiben. In keinem anderen europäischen Land lief das *Nation-Building* ohne Probleme ab, überall gab es auf dem Weg zur Nation schwerwiegende Hindernisse zu überbrücken. Das gilt natürlich für die »verspätete Nation«¹² Deutschland und für Italien, den anderen *Later-Comer*, dessen Politiker sich erst nach der Einigung daran machten, nach Italien nun auch »die Italiener zu schaffen«.¹³ Aber selbst in Frankreich, dem Land, das lange Zeit als Paradebeispiel einer geglückten bürgerlichen Revolution galt, kann man laut Eugen Weber bis zum Ende des 19. Jahrhunderts nicht von einer »wirklichen Nationalkultur« sprechen. Um dieses Ziel zu erreichen, benötigte der französische Staat ein Jahrhundert von »Eroberung« und »Kolonisierung« (nicht immer gegen den Willen der Betroffenen), verbunden mit der »systematischen Zerstörung regionaler und lokaler Kulturen« und dem Ausbau folgewirksamer Kohesions- und Kommunikationsinstrumente (Straßen- und Eisenbahnnetz; Schulen; Märkte; Heer; Presse etc.). Auch für die Franzosen, so schließt E. Weber seine klassische Studie, war der Übergang von der lokalen oder regionalen zur nationalen Identität die Folge eines langen Lernprozesses.¹⁴

Anstatt alternativ vom »Scheitern« oder »Erfolg« des *Nation-Building* zu sprechen, soll im spanischen Fall eine graduellere, relativistische Sichtweise vertreten werden, die sich nicht nur für das Endprodukt des genannten Prozesses interessiert, sondern das Augenmerk stärker auf den historischen Ablauf desselben richtet. Als analytisches, und für unser Thema leicht abgewandeltes Instrument bietet sich das von nordamerikanischen Sozialwissenschaftlern herausgearbeitete Modell an, nach dem alle administrativ-politischen Einheiten auf dem Weg zum modernen Nationalstaat verschiedene, zentrale Probleme (bzw. Krisen) überwinden müssen. Von der mehr oder weniger erfolgreichen Lösung jedes einzelnen dieser Probleme hängt dann das Maß an Stabilität und Konsolidierung des jeweiligen späteren Nationalstaats ab.¹⁵ Diese Probleme (oder Krisen) sind

11 George L. Mosse, *Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegung in Deutschland von den Napoleonischen Kriegen bis zum Dritten Reich*, Frankfurt a.M. 1976.

12 Helmuth Plessner, *Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes*, Stuttgart 1959. Zum gleichen Thema siehe auch die neuere Studie von Otto Dann, *Nation und Nationalismus in Deutschland 1770–1990*, München 1993.

13 Vgl. dazu das Zitat des piemontesischen Ministerpräsidenten Massimo d'Azeglio, dokumentiert bei Alter, S. 28.

14 Eugen Weber, *Peasants into Frenchmen. The Modernization of Rural France 1870–1914*, Stanford 1976, insb. S. 114 u. 485–495.

15 Einen knappen Überblick über dieses von Autoren wie Almond, Pye oder Rokkan ausgearbeitete Modell bietet Stein Rokkan, *Models and Methods in the Comparative Study of Nation-Building*, in: *Acta Sociologica* 12, 1969, S. 53–73. Eine kritische Diskussion des Modells bei Charles Tilly, *Western State-Making and Theories of Political Transformation*, in: *Ders. (Hrsg.): The Formation of National States in Western Europe*, Princeton 1975, S. 601–638. In Tillys Beitrag zum Thema »Western State-Making and Theories of Political Transformation« (S. 601–638) aus dem gleichen Band findet sich auch die These von der Korrelation zwischen der Intensität der Krisensituationen und der Destabilität des Staates: »[...] the more rapidly and simultaneously these

mit den Begriffen *Penetration*, *Integration*, *Partizipation*, *Identität*, *Legitimität* und *Distribution* beschrieben worden. Das Problem der Distribution bezieht sich im Wesentlichen auf den Aufbau des Sozialstaats, der in Spanien erst seit den 1950/60er Jahren entscheidende Impulse erhielt und daher hier vorerst beiseite gelassen werden kann. Das Gleiche gilt für das Problem der *Integration*, das auf die Kooptation regionaler Eliten in einflussreiche Posten der zentralstaatlichen Verwaltung abzielt. Da hierzu kaum empirische Studien vorliegen, muss hier auf die Behandlung dieses Themas verzichtet werden.¹⁶

Das Problem der *Penetration* besteht in der Notwendigkeit jedes modernen Staates, sämtliche Bürger in jedem noch so abgelegenen Winkel des Territoriums über die einzelnen Bestandteile eines breiten Verwaltungsnetzes zu erreichen, um Entscheidungen der Zentralmacht bekannt zu geben und deren Umsetzung zu garantieren. In der Regel standen in Europa die Ausweitung militärischer Aktivitäten und deren Finanzierung am Anfang dieses Verwaltungsnetzes, das zwei wichtige und für die Durchführung militärischer Aktionen unabdingbare Ressourcen aufbringen musste: Steuern und Rekruten für die *nationalen* Armeen, die an die Stelle der traditionellen Gefangenen- und Söldnertruppen traten. Dazu kamen als weitere Aufgaben des Verwaltungsnetzes der Aufbau effizienter Polizeiapparate und anderer Organismen zur schnellen Transmission politischer Direktiven vom Zentrum zur Peripherie, zur rechtlichen Absicherung dieser Politik (Justizverwaltung) und zur Verbesserung der sozialen Kommunikation zwischen Zentrum und Peripherie (Straßenbau, Eisenbahnnetz, Kanäle etc.).

Es kann hier nicht darum gehen, umfassend die Problemlösungskapazität des spanischen Staates und seiner liberalen Führungseliten in jedem einzelnen dieser Themenaspekte abzuhandeln, eine Aufgabe, die ohne weitere empirische Studien heute noch nicht zu leisten ist. Dennoch erlaubt selbst der gegenwärtige Stand der Literaturlage einige Rückschlüsse, die auf eine nur sehr begrenzte Penetration des spanischen Staates im 19. Jahrhundert in den verschiedenen Teilen des Territoriums deuten. In diesem Zusammenhang sollten an erster Stelle die enormen Probleme des spanischen Liberalismus beim Aufbau eines einheitlichen und gesamtstaatlich gültigen Steuersystems genannt werden. Zwar wurde schon in der ersten liberalen Verfassung von Cádiz (1812) die Idee eines demokratischen Steuersystems, das mit der traditionellen Privilegierung des Adels brechen und jeden Bürger proportional nach seinen Möglichkeiten steuerpflichtig machen sollte, festgehalten. Diese Idee fand auch in den Verfassungen von 1837 und 1845 erneut Wiederhall. Die Realität war jedoch eine andere. Der schwache spanische Liberalismus sah sich im Kampf gegen den Neoabsolutismus gezwungen, mit einem Teil des konservativen Adels (und mit der Krone) zu paktieren, wodurch das liberale Programm »verwässert« wurde. Auch im 19. Jahrhundert blieben die Agrareliten steuerrechtlich bevorteiligt. So entfiel von den fiskalen Gesamteinnahmen des Staates zwischen 1850 und 1890 auf die Abteilung »Immobilien, Ackerbau und Viehzucht« (*Contribución de Inmuebles, Cultivo y Ganadería*) nur knapp ein Fünftel. Dabei wissen wir heute, dass die Landwirtschaft selbst nach den vorsichtigsten Schätzungen im 19. Jahrhundert mehr als die

crises appear, the higher the level of strain and the greater the likelihood of intensive conflict, breakdown and desintegration« (S. 609). Der erste, der dieses Modell in etwas anderer Form auf den spanischen Fall angewendet hat, war Juan Linz. Vgl. dazu seinen auch heute immer noch anregenden Beitrag zum Thema »Early State-Building and Late Peripheral Nationalisms Against the State: The Case of Spain«, in: S. N. Eisenstadt/Stein Rokkan (Hrsg.), *Building States and Nations*, Bd. II, Beverly Hills etc. 1973, S. 32–116.

16 Die neuste Studie hierzu ist die von David R. Ringrose, *España, 1700–1900: el mito del fracaso*, Madrid 1996, insb. S. 478–513 (Kapitel 14: »Oficio, Estado y élites locales, siglos XVII–XIX«). Die Daten von Ringrose beziehen sich aber im Wesentlichen auf das Spanien des Ancien Régime, und nicht auf die uns hier interessierende Phase des Auf- und Ausbaus des bürgerlichen Staates.

Hälfte des Volkseinkommens Spaniens produzierte.¹⁷ Bedenkt man weiterhin, dass bis zum Ende des letzten Karlistenkrieges und der Restauration der Monarchie (1876) die baskischen Provinzen über ein eigenes Steuersystem verfügten und auch nach der Einführung der sogenannten »Conciertos Económicos«¹⁸ im Rahmen der staatlich vorgeschriebenen fiskalen Grundrichtlinien noch weiterhin eine beträchtliche Bewegungsfreiheit beibehielten, so wird deutlich, dass in diesem Bereich die staatliche Penetration im 19. Jahrhundert durch soziale und regionale Schranken erheblich beeinträchtigt wurde.

Ähnliches gilt für die Institution der Nationalarmee, deren Feuertaufe als *Verband der bewaffneten Bürger* im Verteidigungskrieg der Französischen Revolution stattgefunden hatte, um danach zum festen Bestandteil des liberalen Programms im restlichen Europa, auch in Spanien, zu werden. Zwar weiß man heute recht genau, dass selbst in Frankreich die Vorstellung der Gleichheit aller Bürger im Heer, in dem sie als *Patrioten* verpflichtet waren, ihr *Vaterland* vor fremden Angriffen zu verteidigen, in der bürgerlichen Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts nicht voll verwirklicht werden konnte. Dennoch dürfte Spanien zu den Ländern gehören, in denen der Abstand zwischen Anspruch und Realität des Militärdienstes am deutlichsten ausgeprägt war.¹⁹ Der Hintergrund der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht durch die progressive spanische Regierung im Jahre 1837 war das sich ständig vergrößernde Haushaltsdefizit, das nicht zuletzt aufgrund der fast permanenten Kriegshandlungen auf spanischem Boden (oder dem seiner Kolonien) seit Ende des 18. Jahrhunderts zustande kam. Der Begriff »allgemeine Wehrpflicht« trifft jedoch die Situation nicht besonders genau, da im gleichen Gesetz ebenfalls eine Ausnahmeregelung festgeschrieben war, die eine Freistellung vom Wehrdienst gegen Bezahlung bzw. (später) gegen die Anwerbung eines Stellvertreters (*personero* oder *alquilón*) möglich machte. Diese Regelung, die bis 1912 in Kraft blieb, öffnete der Reproduktion der sozialen Ungleichheit im spanischen Heer Tür und Tor. Die jungen Wehrpflichtigen, die sich nicht hatten freikaufen können, rekrutierten sich allesamt aus den unteren Mittel- und den Unterschichten der spanischen Gesellschaft. Die speziellen Bedingungen des Militärdienstes im spanischen Heer (lange Dienstzeit, inhumanen Unterkünfte, hohe Sterblichkeit vor allem unter den in Übersee dienenden Soldaten, Verlust des Arbeitsplatzes nach Ablauf der Dienstzeit, danach: Regelmäßige Einberufungen zu Manövern ohne Rücksicht auf berufliche oder familiäre Situation) bedingten eine wesentliche Verschlechterung der Lebenschancen der betroffenen Rekruten und machten diese zu bemitleideten Objekten populären Liedguts oder von Sprichwörtern.²⁰

17 Gabriel Tortella Casares, La economía española, 1830–1900, in: Manuel Tuñón de Lara (Hrsg.), Historia de España, Band VIII: Revolución burguesa, oligarquía y constitucionalismo (1834–1923), Barcelona 1981, S. 11–167, hier: S. 136.

18 Nach dem System der »Conciertos Económicos« handeln die baskischen Provinzregierungen mit der spanischen Zentralregierung einen über mehrere Jahre gültigen Steuerbetrag aus, der als Gegenleistung für vom Staat in der Region angebotene Dienstleistungen und als Beitrag für den interregionalen Kompensationsfond zur Förderung rückständiger Regionen an den Staatshaushalt abgeführt wird. Den baskischen Institutionen bleibt überlassen, wie dieser Steuerbetrag aufgebracht wird und wie und wofür die eventuell überschüssigen Gelder verwendet werden. Die »Conciertos Económicos« wurden von Franco nach seinem Sieg im Bürgerkrieg in den beiden baskischen »Verräterprovinzen« Guipuzcoa und Vizcaya als Strafe für deren Kampf auf Seiten der Republik abgeschafft. Die Basken konnten dann in der *Transition* diese historischen Rechte zurückgewinnen, was ihnen einen wesentlichen Vorteil bei der Finanzierung der Regionalautonomie gegenüber allen anderen autonomen spanischen Regionen verschaffte.

19 Manuel Ballbé, Orden público y militarismo en la España constitucional: 1812–1983, Madrid 1983; Fernando Fernández Basterreche, Sociología del Ejército Español en el siglo XIX, Madrid 1978. Eine umfassende Sozialgeschichte des spanischen Militärs muss noch geschrieben werden.

20 Beispiele: »Hijo quinto sorteado, hijo muerto y no enterrado« (»Der fünfte ausgeloste Sohn ist ein toter und nicht beerdigter Sohn«); »Diez mozos a la quinta van, de diez cinco volverán«

Das spanische Heer wurde somit nie wirklich zu einem »Nationalheer«. Es blieb bis zum Bürgerkrieg ein Instrument zur Perpetuierung der sozialen Ungleichheit, von dem besonders die Unterschichten betroffen waren, aber das noch nicht einmal im ganzen Lande. Wieder bilden die baskischen Provinzen die Ausnahme. Vor der Abschaffung der autonomen Sonderrechte im Jahre 1876 wurden die baskischen Rekruten regelmäßig durch Freiwillige ersetzt, die von den regionalen Verwaltungskörperschaften angeheuert wurden. Erst 1895 musste ein Kontingent baskischer Wehrpflichtiger zum ersten Mal für Spanien im Ausland dienen, und das gleich im Kampf gegen die kubanischen Aufständischen, der für zehntausende von spanischen Soldaten tödlich enden sollte. Von einer *Penetration* des spanischen Staates in dieser Region kann in diesem Zusammenhang ganz und gar nicht die Rede sein. Eine Analyse der auf zahlreichen Dorffesten von den populären Bänkelsängern (»Bertsolariak«) vorgetragenen Versimprovisationen hat gezeigt, dass sich gerade im Verlauf des Kubakrieges in den baskischen ländlichen Unter- und Mittelschichten, als deren Sprachrohr die »Bertsolariak« gelten können, ein allmählicher Wandel der volkstümlichen Rezeption nicht nur von Krieg und Militär, sondern auch vom spanischen Staat und seinen Führungseliten vollzog: An die Stelle von Kriegsbegeisterung und spanischem Patriotismus traten Enttäuschung, Kritik und die Besinnung auf einen urtümlichen baskischen, pränationalistischen Partikularismus.²¹ Auch nach der Militärreform der Regierung Canalejas in den Jahren 1911 und 1912 schreckten die Basken weiterhin vor einer engeren Zusammenarbeit mit dem spanischen Militär zurück. Ihr Anteil an den neuen »Soldados de Cuota«, die sich eine Verkürzung der Dienstzeit von durchschnittlich drei Jahren auf fünf bis zehn Monate »verkaufen« konnten, war im Vergleich mit anderen Regionen auffallend hoch.²²

Weder vom Militär, noch vom Binnenmarkt gingen wesentliche Impulse für das spanische *Nation-Building* aus. Der Binnenmarkt konnte erst 1841 durch die Verlegung der Zollgrenzen vom Landesinneren an die baskische Küste hergestellt werden. Dadurch wurde zwar die regionale traditionelle Eisenindustrie vor dem totalen Zusammenbruch gerettet und der Grundstein für die spätere Industrialisierung der Region gelegt. Aber auch nach 1841 erfolgte die soziale Kommunikation weitgehend regional, nicht gesamtstaatlich. Industrialisierung fand wesentlich in regionalen Enklaven der Peripherie statt (Katalonien, Asturien, Baskenland), das politische Zentrum Madrid blieb lange Zeit ein wirtschaftlich eher unbedeutender administrativer Wasserkopf. Das Eisenbahnnetz wurde nicht nach Kriterien der wirtschaftlichen Funktionalität, sondern der politischen Opportunität gebaut. Madrid war von überall her gut zu erreichen, die Wirtschaftsenklaven blieben aber untereinander nur unzureichend verbunden. Weder der Eisenbahnbau, der fast ausschließlich von ausländischen Unternehmen durchgeführt wurde, noch der stagnierende agrarische Binnenmarkt schufen nennenswerte Anreize für die Industrieproduktion, die vor 1890 noch stark weltmarktorientiert war. Erst als im Zuge der imperialistischen Schutzzollära fast überall die Grenzen abgeschottet wurden, kam es auch in Spanien zu einer stärkeren »Nationalisierung« der Industrie (erster protektionistischer Schutzzoll von 1891), die ohnehin auf den Weltmärkten preislich nicht mehr konkurrenzfähig war. Dieser neue spanische »Patriotismus« des Wirtschaftsbürgertums konnte aber weder im Baskenland noch in Katalonien den Aufschwung alternativer Nationalismusprojekte verhindern.

(»Zehn junge Burschen gehen zum Militär; von zehn werden fünf zurückkommen«). Vgl. Nuria Sales, *Sobre esclavos, reclutas y mercaderes de quintas*, Barcelona 1974, S. 211.

21 Ludger Mees, *De la Marcha de Cádiz al Arbol de Gernika. El País Vasco ante la guerra y la crisis del 98*, in: *Studia Historica. Historia Contemporánea* 15, 1997, S. 239–264.

22 Sales, S. 220 f. weist mit Recht darauf hin, dass diese Praxis nicht nur auf die wehrdienstfeindliche Tradition der Basken zurückzuführen ist, sondern auch auf die wirtschaftlich und finanziell vergleichsweise günstige Lage der baskischen Provinzen.

Auch der Prozess der juristischen und administrativen Vereinheitlichung wies im Spanien des 19. Jahrhunderts wichtige Defizite auf. Zwar konnte schon 1833 nach französischem Vorbild das ganze Land in 49 Provinzen (seit 1927 50) eingeteilt werden, an deren Spitze ein von der Regierung ernannter Politiker, der »Gobernador Civil«, stand. Im Gegensatz zu seinem französischen Pendant verfügte der *Gobernador* allerdings nicht über die notwendigen Ressourcen, um die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten – wofür das Militär und die militarisierte Polizei der *Guardia Civil* zuständig waren – oder um Aufgaben der Verwaltungskoordination durchzuführen. Wie die quellenreiche Studie von Risques Corbella am Beispiel von Barcelona gezeigt hat, erschöpfte sich die Tätigkeit des *Gobernador Civil* in der politischen Kontrolle der Provinz und vor allem in der Wahlmanipulation zu Gunsten der Regierungspartei.²³ Zu diesen strukturellen Schwächen der spanischen Verwaltung kamen die Schwierigkeiten bei der Überwindung regionaler und lokaler Partikularismen vor allem im Bereich des Zivilrechtes. Der erste spanische »Código Civil« kam erst 1889 zustande. Die größten Probleme bereiteten wiederum die baskischen Provinzen, in denen das allgemeine Vetorecht gegen die Anwendung spanischer Gesetze erst 1841 abgeschafft wurde. Aber auch danach gelang es den dortigen, noch bis 1876 autonomen Provinzregierungen, zahlreiche Gesetzesinitiativen aus Madrid mit dem Hinweis auf deren angebliche Unvereinbarkeit mit dem baskischen Gewohnheitsrecht der *Fueros* abzublocken oder deren Anwendung gänzlich zu verwässern.²⁴ Mit Recht beklagte sich 1849 der oberste Regierungsvertreter in der baskischen Provinz Alava gegenüber seinen Madrider Vorgesetzten darüber, dass »hier die Oberste Regierung nicht regiert. Diese ist folglich weder bekannt, geschweige denn beliebt. Im Gegenteil, und das ist noch viel schlimmer: In vielen Fällen weigert man sich ganz offen, ihr zu gehorchen«.²⁵ Mit anderen Worten: Als Reaktion auf die ständig intendierte, aber nur bedingt erfolgreiche Penetration des spanischen Nationalstaates entwickelte sich in den baskischen Provinzen ein »differenziertes, speziell baskisches Bewusstsein«²⁶, das sich auch in einem verstärkten Zusammengehen der vier baskischen Provinzregierungen in den sogenannten »Conferencias« ausdrückte.²⁷ Nicht einer, sondern zwei Prozesse des *Nation-Building* spielten sich im Baskenland (und unter anderen Bedingungen auch in Katalonien und Galicien) des 19. Jahrhunderts ab: Der spanische und der, anfänglich noch nicht radikal alternativ, sondern durchaus noch komplementär zum spanischen verstandene baskische (katalanische, galicische).

Im Vergleich mit diesen kaum überwundenen Problemen des spanischen Staates im Bereich der *Penetration* erscheinen die Erfolge bei der Sicherstellung der *Partizipation* auf den ersten Blick wesentlich bedeutender. Im Gegensatz zu traditionellen Formen der Herrschaft sind liberale politische Systeme auf bestimmte Formen der Mitwirkung ihrer Bürger angewiesen, um Systemstabilität und -legitimität sicherzustellen. Das geschieht in der Regel über die allmähliche Ausweitung des Wahlberechtigtenzensus bis hin zum allgemeinen Wahlrecht. Nach dem ersten kurzlebigen Vorläufer von 1869 wurde in Spa-

23 Manel Risques Corbella, *El Govern Civil de Barcelona al segle XIX*, Barcelona 1995.

24 Die beste Studie dazu ist die von Coro Rubio Pobes, *Revolución y tradición. El País Vasco ante la Revolución liberal y la construcción del Estado español, 1808–1868*, Madrid 1996.

25 Fernando Alvarez Durán, *Examen histórico-analítico de los fueros de Vizcaya*, Madrid 1849.

26 Rubio Pobes, S. 375 f.

27 Zu der Bedeutung dieser Vollversammlungen der baskischen Provinzregierungen vgl. Joseba Agirreazkuenaga, *Estudio introductorio*, in: Ders. (Hrsg.), *La articulación político-institucional de Vasconia: Actas de las Conferencias firmadas por los representantes de Alava, Bizkaia, Gipuzkoa y eventualmente de Navarra (1775–1936)*, Bilbao 1995, S. 3–86.

nien das allgemeine Männerwahlrecht schon von der liberalen Regierung Sagasta im Jahr 1890 etabliert, wesentlich früher als in vielen anderen europäischen Staaten.²⁸

Die politische Realität im Spanien des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts sah allerdings ganz anders aus. Zwar gelang es, in der Restaurationsmonarchie den seit Beginn des 19. Jahrhunderts erdrückenden Einfluss der Militärs im politischen Leben zu begrenzen. Zwischen 1808 und 1876 waren alle wichtigen politischen Umschwünge eine Folge von Militärputschen (»Pronunciamientos«) mit damals noch progressiver Färbung. Die fortschrittlichere Fraktion des spanischen Liberalismus, die Partei der »Progresistas«, war traditionell aufgrund des mehr oder weniger offenen Paktes der Krone mit den konservativen Liberalen, den »Moderados«, auf die Hilfe progressiver Militärs, oft im Verbund mit Massenmobilisierungen, angewiesen, um die *Moderados* an der Macht abzulösen. Im neuen politischen System der Restaurationsmonarchie trat an die Stelle der *Pronunciamientos* die Wahlmanipulation, deren Grundlage die Absprache der beiden monarchistischen, liberalen Parteien war, sich »friedlich« an der Macht abzuwechseln (»Turno Pacífico«) und im Einvernehmen mit der Krone alle übrigen politischen Optionen von der Regierungsverantwortung auszugrenzen. Der Ablauf dieses politischen Manipulationsmechanismus begann beim König (oder der Regentin), der laut Verfassung das Recht hatte, das Parlament aufzulösen und eine neue Regierung zu ernennen.²⁹ Danach wurde im Innenministerium (»Ministerio de la Gobernación«) der Termin für Neuwahlen festgelegt und gleichzeitig die angestrebten Wahlergebnisse, die der neuen Exekutive eine bequeme Parlamentsmehrheit verschaffen sollten, »fabriziert«. Diese politischen Direktiven wurden dann an die Provinzgouverneure weitergegeben, die über das größtenteils von ihnen kontrollierte breite Netz von Lokal- und Regionalkaziken und mit Hilfe von Bestechung und Stimmenkauf Einfluss auf die Wahlbevölkerung nahmen. Bernecker hat mit Recht zu positive Interpretationen des Restaurationssystems kritisiert, die die endgültige Entmachtung der karlistischen Neoabsolutisten, die »Befriedung« der Militärs und die dadurch ermöglichte Konsolidierung der *Civil Society* zur Grundlage ihrer positiven Wertung machen. Gerade auch im Hinblick auf die beschriebene Praxis des allgemeinen Wahlrechts sei, so Bernecker, darauf hinzuweisen, »dass die politische Stabilität jener Jahrzehnte gerade um den Preis eines repressiven und antidemokratischen Systems erkaufte wurde, das die Teilhabe des Volkes an sämtlichen politischen Entscheidungen praktisch unmöglich machte«.³⁰ Partizipation wurde nur auf dem Papier zugelassen; Politik blieb eine Angelegenheit der Notabeln, der Krone, der ihr nahe stehenden hohen Militärs und der Dorfkaziken.

In dem Maße, wie seit Ende des 19. Jahrhunderts Industrialisierung, Urbanisierung und Rationalisierung in verschiedenen Teilen des Landes Bedingungen für eine neue Politik schufen, musste diese autoritäre Starre und Undurchlässigkeit des politischen Systems in immer größeren Widerspruch mit der gesellschaftlichen Realität treten, denn ohne Partizipation war es schwierig, Legitimität für den Staat und seine Machthaber zu stiften, Vertrauen in dessen Institutionen aufzubauen und Konformität mit den gültigen allgemeinen Normen und Verhaltensregeln zu schaffen.³¹ Ein politisches System, in dem

28 Vgl. hierzu *Bernhard Ebbinghaus*, The Siamese Twins: Citizenship Rights, Cleavage Formation, and Party-Union Relations in Western Europe, in: *International Review of Social History* (Supplement 3: Citizenship, Identity and Social History, hrsg. von Charles Tilly) 40, 1995, S. 51–89.

29 Vgl. dazu *Juan Ignacio Marcuello/Manuel Pérez Ledesma*, El Parlamento en la España contemporánea, in: *Morales Moya/Esteban de Vega*, S. 33–52.

30 *Walther L. Bernecker*, Sozialgeschichte Spaniens im 19. und 20. Jahrhundert. Vom Ancien Régime zur Parlamentarischen Monarchie, Frankfurt a. M. 1990, hier besonders Kapitel IV. 1: Politik und Gesellschaft in der Restaurationsära, S. 169–181, Zitat S. 180 f.

31 Nach *Tilly*, State-Making, S. 609, kann Legitimität erzielt werden durch »any effort to create loyalty to and confidence in the established structure of political institutions in the given system

die meisten der Bürger kaum eine andere Möglichkeit zur politischen Artikulation besaßen als den Verkauf ihrer Stimme, war der Aufgabe der Legitimitätsbildung nicht gewachsen. Dazu kam, dass es zumindest vor 1876 schwer fiel, eindeutig die »gültigen allgemeinen Normen und Verhaltensregeln« zu definieren, da diese ja ein ums andere Mal *manu militari* verändert und von einem durch den Karlismus repräsentierten bedeutenden Teil der Bevölkerung gar nicht anerkannt wurden. Noch problematischer war die Situation im selbstverwalteten Baskenland vor der Abschaffung der *Fueros*: Welche Institutionen besaßen hier das Vertrauen der Bevölkerung, die spanischen oder die baskischen? Wieweit galten die spanische Verfassung und die gesamtstaatlichen Gesetze, und wo begann und endete der Gültigkeitsbereich der *Fueros*? Im Jahr 1876 wurden diese Fragen zwar militärisch und per Regierungsoktroi beantwortet. Das strukturelle Problem der mangelnden Legitimität des Staates wurde dadurch aber nicht gelöst.

Bevor ein Staat und seine Institutionen von den Bürgern als legitim betrachtet werden konnten, mussten diese ihn allerdings erst einmal als etwas verstehen, was ihnen selbst gehörte, als eine von anderen abgegrenzte Solidargemeinschaft der Menschen, die innerhalb der Grenzen des Staatsgebietes lebten. Hier wird das nicht nur für junge Nationalstaaten, sondern für alle Nationalbewegungen insgesamt fundamentale Problem der *Identitätsstiftung* angesprochen. Um die Nation, und damit den Nationalstaat, als »vorgestellte politische Gemeinschaft«, als »kameradschaftlichen Verbund von Gleichen« begreifen zu können³², bedarf es eines wirkungsvollen Instrumentariums, das es den Trägern des Staates (oder den Sprechern der Nation) erlaubt, erfolgreich den Prozess der *Nationalisierung der Massen* einzuleiten.

Eines der bedeutendsten Instrumente der Massennationalisierung war in allen europäischen Staaten das öffentliche Erziehungswesen. Auch auf diesem Gebiet klaffte eine enorme Lücke zwischen Theorie und Praxis im liberalen Spanien. Schon in der ersten liberalen Verfassung von Cádiz (1812) finden sich Hinweise auf die vorgesehene öffentliche Finanzierung des Schulwesens, die dann 1821 in einem ersten »Allgemeinen Reglement zur Öffentlichen Erziehung« ausgeweitet und 1857 durch eine jahrzehntelang gültige Gesetzesinitiative (»Ley Moyano«) konkretisiert wurden. Abgesehen davon, dass dieses Gesetz nach Protesten der baskischen Provinzregierungen als vermeintlicher Verstoß gegen die dort noch gültige Autonomie (»Fueros«) nicht in Kraft trat, stieß seine Umsetzung im restlichen Spanien auf fast unüberwindbare Hindernisse vor allem finanzieller Art. In einem Land, dessen Finanzen durch die ständigen Kriegsanstrengungen (1833–1898: drei Bürger- und vier Kolonialkriege), das entsprechend überdimensionierte Heer und den aufgeblähten Beamtenapparat von einer schweren Krise in die nächste gerieten und oft nur noch durch teure Kredite auf den internationalen Finanzmärkten vor dem endgültigen Zusammenbruch gerettet werden konnten, war die Vorstellung einer öffentlichen Finanzierung des Schulwesens nicht viel mehr als eine unerreichbare Utopie. Die Bestimmung aus dem genannten Gesetz, die die Besoldung der Lehrer durch die Gemeinden vorsah, änderte nichts an dieser Situation, denn viele der Gemeinden verfügten ebenso wenig wie die Zentralregierung über die nötigen Mittel, um ihrem Auftrag nachzukommen. So entstand als Folge dieser Situation ein neues Kulturproletariat von an der Armutsgrenze lebenden, meist unterqualifizierten Dorflehrern, die zum Überleben auf Nebenbeschäftigungen angewiesen waren und sich nicht mit vollen Kräften ihrer eigentlichen Aufgabe widmen konnten. Die Analphabetenrate sank dementsprechend nur äußerst langsam: Noch 1877 konnten 62,7 % der volljährigen Männer weder lesen

and to ensure regular conformity to rules and regulations issued by the agencies authorized within the system«.

32 Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts*, Frankfurt a. M. 1988, S. 15 u. 17.

noch schreiben. Bei den Frauen lag die Zahl sogar bei 81 %.³³ Auch das – im Vergleich mit den meisten anderen europäischen Ländern – auffällige Fortbestehen regionaler, nicht offizieller Sprachen und Dialekte ist eine Folge dieser gravierenden Mängel des öffentlichen Erziehungswesens in Spanien.

Die Misere des öffentlichen Schulwesens veranlasste alle diejenigen, die es sich leisten konnten, ihre Kinder auf Privatschulen zu schicken, und das hieß im Spanien des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts fast ausschließlich auf von der katholischen Kirche geleitete Erziehungseinrichtungen. Trotz der Enteignung von Kirchenbesitz im Zuge der liberalen Reformen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war die katholische Kirche noch ein bedeutender Machtfaktor geblieben, gegen den im liberalen Spanien Machtstabilisierung kaum vorstellbar war. Die konservativen Liberalen trugen dieser Tatsache Rechnung und unterzeichneten 1851 das Konkordat, um so das Placet der katholischen Kirche für den Auf- und Ausbau des bürgerlichen Nationalstaates zu erlangen. Im Konkordat verpflichtete sich der Staat nicht nur, die Kosten für Kult und Klerus zu übernehmen sowie zukünftig den Status der noch im Kirchenbesitz befindlichen Ausbildungszentren nicht anzutasten. Noch wichtiger war die der Kirche zugestandene ideologische Kontrollfunktion auf allen Ebenen des Erziehungswesens, auch des öffentlichen, in dessen Zentren – laut Konkordatstext – die Erziehung »vollkommen im Einklang mit der Doktrin der katholischen Religion« zu erfolgen habe.³⁴ Auch wenn bei der Aufarbeitung dieses Themas noch bedeutende Forschungslücken klaffen, so darf doch bezweifelt werden, dass eine Institution wie die katholische Kirche in Spanien, die traditionell eine wichtige ideologische Stütze im absolutistischen Herrschaftsverbund gewesen war, die folglich dem Liberalismus – auch seiner konservativen Variante – stets sehr kritisch gegenübergestanden hatte und die auch nach den militärischen Niederlagen noch nicht gänzlich mit dem karlistischen Neoabsolutismus gebrochen hatte, einen wesentlichen Beitrag zur Verbreitung des liberalen Gedankenguts und des spanischen Patriotismus geleistet hat. De Riquer behauptet das Gegenteil: Da nach Ansicht der Kleriker die liberale Revolution für den Verlust der traditionell zentralen Stellung der Kirche in der spanischen Gesellschaft verantwortlich war, wurde der Diskurs der katholischen Kirche zu einem wichtigen Hindernis im Prozess der Nationalisierung der Spanier. Das Konkordat bestätigte die katholische Konfessionalität des Staates. Spanien blieb die »katholische Nation« *par excellence*, die Kirche blieb im Besitz der wichtigsten Symbole des spanischen Nationalismus. Der Liberalismus hingegen verzichtete weitgehend auf den Aufbau einer neuen, liberalen und säkularisierten Nationalidentität.³⁵

In der Tat sind die Schwächen der spanischen Nationalidentität gerade auf dem Gebiet der Symbolik besonders deutlich. Bis 1843 gab es in Spanien keine offiziell anerkannte Nationalfahne, und auch in den folgenden Jahrzehnten wurde diese ständig von Karlisten und Republikanern angezweifelt. Es gab kaum Baudenkmäler, die in irgendeiner Weise dem Kult der Nation huldigten; in den Straßennamen der großen Städte fehlten Anspielungen auf herausragende Ereignisse der nationalen Vergangenheit. Die erste Nationalhymne ertönte erst 1898 im Krieg gegen die Vereinigten Staaten. Danach wurde diese Hymne (*La Marcha de Cádiz*) durch eine andere (*Marcha Real*) ersetzt, die dann in der Zweiten Republik außer Kraft gesetzt und erst von Franco in modifizierter Form wieder etabliert wurde. Die alljährlichen Feiern zur Erinnerung an den 2. Mai

33 Miguel Artola, *La burguesía revolucionaria 1808–1874*, Madrid 1990, S. 253 f.

34 Ebd., S. 194 f.

35 Borja de Riquer y Permanyer, *Nacionalidades y regiones. Problemas y líneas de investigación en torno a la débil nacionalización española del siglo XIX*, in: *Morales Moya/Esteban de Vega*, S. 73–89, hier besonders S. 87. Vgl. zum Thema des Schulwesens und seiner defizitären Funktion im Prozess der nationalen Identitätsstiftung auch Carolyn P. Boyd, *Historia Patria. Politics, History and National Identity in Spain, 1875–1975*, Princeton 1997.

1808, den Beginn des Unabhängigkeitskrieges gegen die französischen Besatzer, können laut Alvarez Junco als »a pillar of the century's most ambitious effort to construct a Spanish nationalist mythology«³⁶ bezeichnet werden. Dieser Gedenktag wurde aber nicht aktiv zum Aufbau einer neuen Nationalidentität instrumentalisiert, sondern erhielt durch die offizielle Interpretation des Unabhängigkeitskrieges als neue Heldentat der historischen spanischen Nation, die schon im Kampf gegen Karthago und Rom ihren unbändigen Willen zur Unabhängigkeit bewiesen habe, einen eindeutig retrospektiv-konservativen Charakter. Auch die junge spanische Geschichtswissenschaft, angeführt von Modesto Lafuente mit seiner monumentalen dreißigbändigen »Historia General de España« (1850–1867), bestätigte die säkulare Existenz der spanischen Nation, die nicht erst geschaffen werden musste, sondern seit Urzeiten immer da gewesen ist.³⁷ Im vom konservativen Liberalismus gesteuerten Staat gab es auch unter den Historikern kaum Raum für zur Zukunft hin offene Geschichtsinterpretationen. Geschichtsschreibung wurde zur Legitimationswissenschaft, die die Geschichte Spaniens erforschte, um »den zentralen Einheitsstaat zu konsolidieren und zu sakralisieren, und das mit einem doppeltem Ziel: die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung als Voraussetzung für die Förderung der materiellen Interessen«.³⁸ Auch dies ist ein erneuter Hinweis auf die Probleme im Bereich der nationalen Identitätsstiftung in einem Staat, der kein Geld für das Schulwesen hatte, Ideologie und Sinnbildung der Kirche überließ, keine allgemein akzeptierten Symbole besaß und von einer neuen, konservativen Elite geführt wurde, die in der Konservierung des Status quo ihr wesentliches Interesse sah und über kein zukunftsorientiertes nationales Projekt verfügte. Im Gegensatz etwa zum Frankreich der Dritten Republik³⁹, fand im Spanien des 19. Jahrhunderts nur eine sehr rudimentäre Nationalisierung der Massen statt, obwohl dieser Prozess nicht nur für neue Staaten, sondern auch für traditionelle Monarchien wie die spanische unabdingbar war, »wenn diese als moderne Nationalstaaten überleben wollten«.⁴⁰ Gegen Ende des Jahrhunderts waren die Bürger des spanischen Königreiches – in Abwandlung der schon zitierten klassischen Studie E. Webers – noch wesentlich stärker »Bauern« als »Spanier«. Der Verlust der (mit Ausnahme der Gebiete in Marokko) letzten Kolonien änderte nichts an dieser Situation. Im Gegenteil: 1898 akzentuierte nur noch deutlicher die Ungleichzeitigkeit in der Entwicklung zwischen dem schwachen *Nation-Building* in Spanien und der nationalistischen Hochkonjunktur im Europa des Imperialismus.

3. ZWEIFEL AN DER NATION:⁴¹ KRISE UND NIEDERGANG DES IMPERIUMS

Javier Tusell hat in seinen einleitenden Bemerkungen zu einer neueren Gesamtdarstellung der Geschichte Spaniens mit Recht darauf hingewiesen, dass sich auf dem heutigen Forschungsstand die lange Zeit vorherrschenden Interpretationen der Krise von 1898 als

36 José Alvarez Junco, The Nation-Building Process in Nineteenth-Century Spain, in: Clare Mar-Molinero/Angel Smith (Hrsg.), Nationalism and the Nation in the Iberian Peninsula: Competing and Conflicting Identities, Oxford 1996, S. 89–106, hier: S. 93.

37 P. Cirujano Marín/T. Elorriaga Planes/J. S. Pérez Garzón, Historiografía y nacionalismo español, 1834–1868, Madrid 1985.

38 Jover, S. 168 f.

39 Vgl. Pierre Vilar, Estado, nación y patria en España y Francia, 1870–1914, in: Estudios de Historia Social 28–29, 1984, S. 7–41.

40 Alvarez Junco, Nation-Building, S. 105.

41 Diesen Titel habe ich dem folgenden Aufsatz von José Alvarez Junco entliehen: La nación en duda, in: Juan Pan-Montojo (Hrsg.), Más se perdió en Cuba. España, 1898 y la crisis de fin de siglo, Madrid 1998, S. 405–475. Zu Verlauf und Bedeutung der 1898er Krise vgl. außerdem Juan

traumatischer Bruch in der historischen Entwicklung des Landes mit einschneidenden, vor allem auch wirtschaftlichen Folgen nicht mehr ohne Einschränkungen aufrechterhalten lassen.⁴² Der Verlust von Cuba, den Philippinen und Puerto Rico verursachte kaum nennenswerte Einbußen für die spanische Wirtschaft, da das Land schon lange vorher einen bedeutenden Teil der wirtschaftlichen Kontrolle der Kolonien zu Gunsten der Vereinigten Staaten eingebüßt hatte. Auch für das politische System und seine Träger bedeutete der verlorene Krieg keinesfalls den sofortigen Beginn einer schweren Krise; diese stellte sich erst nach 1917 ein.

Wenn man im Zusammenhang mit 1898, dem Krieg gegen die USA und dem Verlust der letzten Kolonien nach eindeutigen Diskontinuitäten in der spanischen Entwicklung sucht, dann wird man weder in der Wirtschaft noch im politischen System der Restaurationsmonarchie fündig werden, wohl aber im Bereich der internationalen Beziehungen: Innerhalb weniger Monate sank das einst so mächtige Spanien, bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts die größte Kolonialmacht der Welt, in die internationale politische und militärische Marginalität. Doch auch dieser Bruch war im Grunde nicht so radikal und neu, denn 1898 war eigentlich nicht viel mehr als die Krönung einer Entwicklung, die schon 1824 mit dem Abschluss der ersten und viel umfangreicheren Unabhängigkeitswelle der ehemaligen spanischen Kolonien auf dem amerikanischen Kontinent eingesetzt hatte. Der wesentliche Unterschied zwischen 1824 und 1898 vollzog sich im internationalen Kontext, in dem sich die jeweiligen Aufstände gegen die spanische Kolonialmacht abspielten. Dieser Kontext war geprägt durch den unaufhaltsamen Aufstieg des Imperialismus seit dem Ende der 1870er Jahre, verbunden mit der Ausbreitung des integralen, nicht selten antisemitischen und rassistischen Nationalismus als Ideologie und oft auch als schlagkräftig organisierte Massenbewegung in den europäischen Staaten. Vor diesem veränderten Bühnenbild musste der Schlag von 1898 von der spanischen Öffentlichkeit als viel härter empfunden werden als der von 1824, denn der Kontrast zwischen der spanischen Situation und der nordamerikanischen, britischen, französischen, deutschen und selbst der italienischen war nun viel greller geworden. Spaniens Untergang als Kolonialmacht schien sich gegen den Geist der Geschichte zu vollziehen, der sich im Falle der anderen Großmächte für viele spanische Beobachter in Richtung auf imperiale Größe und grandioses nationales Selbstbewusstsein entwickelt hatte. Während in London Joseph Chamberlain, der Kolonialminister der mit Abstand größten imperialistischen Macht, von der »großartigsten regierenden Rasse, die die Welt je gesehen hat« schwelgen und den britischen Imperialismus mit der Notwendigkeit begründen konnte, »die britische Rasse zu konsolidieren«⁴³, begann unter spanischen Politikern und Intellektuellen eine Debatte über den »Verfall« des Nationalcharakters, in der das militärische Debakel und die dadurch bedingte schmerzvolle Demütigung der ehemaligen Großmacht Spanien durch die Flotte der USA auf den Niedergang der spanischen »Rasse« zurückgeführt wurde. Das Stichwort wurde den Spaniern von einem Briten gegeben. Lord Salisbury, britischer Regierungschef und Außenminister, hatte schon drei Tage nach dem Untergang der spanischen Flotte bei Cavite in einer berühmt gewordenen Rede dem europäischen Zeitgeist in der Ära des Imperialismus und Sozialdarwinismus Rechnung getragen und seine These von den zum Untergang verdammt »kränkelnden Nationen« vorgetragen. Ganz eindeutig in Anspielung auf das spanische Beispiel nannte Salisbury die Symptome, die seiner Meinung nach dieses fatale Schicksal

Pablo Fusi/Antonio Niño (Hrsg.), *Antes del »Desastre«. Orígenes y antecedentes de la crisis del 98*, Madrid 1996; Sebastián Balfour, *El fin del Imperio español (1898–1923)*, Barcelona 1997; Antonio Elorza/Elena Hernández Sandoica, *La guerra de Cuba (1895–1898). Historia política de una derrota colonial*, Madrid 1997; Carlos Serrano, *Final del Imperio. España 1895–1898*, Madrid 1984.

42 Javier Tusell, *Historia de España en el siglo XX*, Madrid 1998, hier: S. 11.

43 Zitiert bei Schulze, S. 256 f.

der besagten Nationen ankündigten: die »rassische Dekadenz«, der Mangel an Führungspersönlichkeiten, die Schwäche der Armee und die korrupte Ineffizienz der Institutionen. Die Rede fand ein breites Echo in der spanischen Öffentlichkeit⁴⁴, deren Vertreter (Politiker, Journalisten, Schriftsteller) – wie Alvarez Junco gezeigt hat – trotz einzelner empörter Zurückweisungen der provokativen Thesen Salisburys letztendlich auf die gleichen Kategorien zurückgriffen, um das Desaster zu erklären. Im Grunde war es nämlich allen klar, dass die Niederlage gegen die USA »auf etwas anderes hindeutete, als auf eine einfache, konjunkturell bedingte militärische Unterlegenheit; es handelte sich vielmehr um den Fall eines schwer wiegenden Niedergangs der Nation mit weit reichenden Folgewirkungen«.⁴⁵ Die spanische Debatte knüpfte bei der Suche nach der Erklärung für diesen Niedergang der Rasse an gesamteuropäische Denkmuster an, die sich als antimodernistische Reaktion auf das Vordringen des Industriekapitalismus entwickelt hatten, nach Ruhe und Ordnung verlangten, den Verfall der Zivilisation beklagten und die Wiederentdeckung von Themen wie Gesundheit, Natur oder Identität als Orientierungsstrategie in der neuen, sich bedrohlich wandelnden Umwelt anboten.⁴⁶

Die politischen Auswirkungen des kolonialen Debakels und der Debatte über den Niedergang der Nation, die Schuldigen dieser Entwicklung und die Möglichkeiten der »Regeneration« Spaniens blieben jedoch recht begrenzt.⁴⁷ Die Kriegsniederlage löste weder eine Revolution aus, noch wurde das politische System der Restaurationsmonarchie in seinem inneren Kern getroffen. Die monarchistische politische Elite konnte sich trotz der aus Militärkreisen lancierten *Dolchstoßlegende* halten, nach der die korrupten und unfähigen Politiker das Militär und die Soldaten aus dem Volk nicht entsprechend auf den Kampf gegen die kubanischen Aufständischen und den amerikanischen »Aggressor« vorbereitet und im entscheidenden Augenblick allein gelassen hatten.⁴⁸ Auch die von Presse und Intellektuellen gerne präsentierte Gegenüberstellung von unfähigen, eigennützigen und unpatriotischen Politikern und gutwilligem, opferbereitem und vaterlandsliebendem einfachen Volk war nicht viel mehr als eine rhetorische Floskel ohne politische Sprengkraft. Die gleiche politische Oligarchie blieb, wenn auch mit stärkeren parteipolitischen Spaltungen und gewissen Zugeständnissen an die regenerationistische Rhetorik (Silvela, Polavieja, Maura) bis zum Putsch des Generals Primo de Rivera im September 1923 an der Macht, und bis 1917 gab es keine ernsthafte Gefahr für die Existenz der Monarchie.

Die Suche nach Erklärungen für diese politische Impotenz der 1898er Krise begann sofort nach der Niederlage der Flotte. Die wohl bekannteste Diagnose eines Politikers stammt von Francisco Silvela, einem der führenden Konservativen und seit März 1899 Präsident einer mit Reformansprüchen angetretenen neuen Regierung. Ganz in der Linie mit den »Regeneracionistas« konstatierte Silvela die Apathie des unter Schockwirkung stehenden spanischen Volkes, das sich auch durch das Desaster nicht aus dem Alltagstrott habe herausreißen lassen und »inmitten einer Wolke stiller Trauer« verweile. Silvela verglich diese Situation mit der eines kranken Patienten, bei dem der Puls kaum noch zu fühlen sei.⁴⁹

44 Rosario Torre del Río, La prensa madrileña y el discurso de Lord Salisbury sobre ›Las naciones moribundas‹, in: Cuadernos de Historia Moderna y Contemporánea 6, 1985, S. 163–180.

45 Alvarez Junco, Nación, S. 448.

46 Zu diesen spanisch-europäischen Parallelen vgl. das Kapitel »De cuando la biología interfiere en la política. Raza, degeneración, virilidad«, ebd. S. 455–462.

47 Sebastian Balfour, The End of the Spanish Empire (1898–1923), Oxford 1996.

48 Enrique Ucelay-Da Cal, Cuba y el despertar de los nacionalismos en la España peninsular, in: Studia Historica. Historia Contemporánea 15, 1997, S. 151–192, hier insb. S. 153.

49 Der Artikel Silvelas erschien in der ihm politisch nahe stehenden Tageszeitung *El Tiempo*, 16. 8. 1898.

Die Historiker haben andere Argumente vorgetragen. Hingewiesen wurde so etwa auf den Apolitizismus der Intellektuellen der »1898er-Generation«, deren »Selbstmitleid mit dem eigenen Unglück«, gepaart mit einem »apokalyptischen Pessimismus« keinen Platz für politische Erneuerungsstrategien ließ und somit politische Kritik auf das ungefährliche Abstellgleis literarischer Metaphysik umleitete.⁵⁰ Als weitere Gründe müssen die Schwäche und Zerstrittenheit der Republikaner als politischer Alternative und vor allem auch der nach 1898 wiederaufflammende Antiklerikalismus genannt werden, in dem sich, wie Pérez Ledesma gezeigt hat, zwar Kritik an der Kirche als Mitverantwortlicher am Desaster äußerte, der aber ebenfalls keine direkten politischen Konsequenzen zog und folglich indirekt sogar eine System stabilisierende Wirkung hatte.⁵¹

Der politische Erdbeben als Folge der 1898er Krise blieb also aus: Monarchie und politische Führungselite überlebten die kritischen Momente nach dem Untergang der Flotte und dem endgültigen Verlust der Kolonien. Dennoch setzten um die Jahrhundertwende Entwicklungen ein, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. In der neueren Geschichtsschreibung gilt 1898 als Symbol für zwei gegenläufige Prozesse der Identitätsbildung. Zum einen führte die patriotische Mobilisierung während des Cuba-Kriegs und die anschließende Debatte um den Niedergang der spanischen Rasse/Nation dazu, dass sich wohl zum ersten Mal in der neueren spanischen Geschichte ein spanischer Nationalismus herauskristallisierte, dessen Bezugspunkt die kastilische Tradition war und der sich politisch, intellektuell und wirtschaftlich (Schutzzollpolitik) artikulierte. Nur durch die Rückgewinnung, die »Regenerierung« der alten kastilischen Tugenden und Traditionen – so ließe sich die zentrale These dieses diffusen spanischen Nationalismus zusammenfassen – könne der Niedergang der Nation gestoppt und ihr alter Glanz erneuert werden.⁵² Keinen Gegensatz zu diesem Nationalismus, sondern komplementäre Bestandteile bildeten die verschiedenen regionalistischen – und politisch schwachen – Bewegungen, die die Regeneration der spanischen Nation über den Weg der administrativen Dezentralisierung und der Stärkung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften propagierten.⁵³

50 *Alvarez Junco*, *Nación*, S. 453.

51 Einen guten neueren Überblick über die Reaktionen der verschiedenen Gruppen der spanischen Gesellschaft auf die 1898er Krise gibt *Manuel Pérez Ledesma*, *La sociedad española, la guerra y la derrota*, in: *Pan-Montojo*, S. 91–149, insb. das Kapitel »Las raíces del anticlericalismo«, S. 134–143.

52 Die Diskussion um den spanischen Nationalismus hat inzwischen eine recht umfangreiche Literatur produziert, in der es allerdings immer noch stark an empirischer Forschung mangelt, die die auf der theoretischen Ebene oft recht voreilig in die Debatte geworfenen Thesen stützen könnte. Der wohl neueste und kompletteste Überblick zu dem Thema ist der Aufsatz von *Xosé Manuel Núñez Seixas*, *Los Oasis en el desierto. Perspectivas historiográficas sobre el nacionalismo español*, in: *Bulletin d'Histoire Contemporaine de l'Espagne* 26, 1997, S. 483–533 (mit zahlreichen Literaturhinweisen). Vgl. daneben auch die Arbeiten von *Andrés de Blas Guerrero*, *Sobre el nacionalismo español*, Madrid 1989 und *Borja de Riquer y Permanyer*, *El nacionalismo español contemporáneo*, Madrid 1996. Im Zusammenhang mit der 1898er Krise vgl. insb. *Sebastian Balfour*, *The Lion and the Pig. Nationalism and National Identity in the Fin-de-Siècle Spain*, in: *Mar-Molinero/Smith*, S. 107–117; *F. Molina Aparicio*, *Nación, Pueblo y Desastre. Nacionalismo y construcción nacional en España (1876–1898)*, in: *Fusi/Niño*, S. 435–451; *Miguel Angel Durán Franco*, *Regeneración y patria: el nacionalismo español en torno al 98*, in: *Justo Beramendi/Xosé Manuel Núñez Seixas/Ramón Máiz* (Hrsg.), *Nationalism in Europe: Past and Present*, Bd. II, Santiago de Compostela 1994, S. 71–82.

53 *Xosé Manuel Núñez Seixas*, *Region-building in Spain during the 19th and 20th Centuries*, in: *Gerhard Brunn* (Hrsg.), *Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde*, Baden-Baden 1996, S. 175–210.

Auf der anderen Seite wirkten diese Zweifel an der (spanischen) Nation wie Wasser auf die Mühlen derjenigen, die an der spanischen Peripherie alternative Nationalismusprojekte vertraten. Das war in den Gebieten der Fall, die auf eine lange, historisch gefestigte politische und administrative Eigenständigkeit zurückblicken konnten und in denen der schwache spanische Nationalisierungsprozess diese traditionell begründeten Partikularismen im 19. Jahrhundert nicht hatte neutralisieren können. Die neuere Forschung hat herausgearbeitet, dass diese peripheren Nationalismen folglich nicht als Abwehrreaktion gegen einen aggressiven spanischen Nationalismus und dessen Einheitsstaat entstanden, sondern es war eher umgekehrt: »Das Scheitern des spanischen Nationalismus im 19. Jahrhundert und seine soziale Penetrationskrise«⁵⁴ bereiteten den Weg für das Aufkommen der katalanischen, der baskischen und der galicischen Nationalismen, deren Erfolg im schwachen spanischen Nation-Building begründet war und die durch die 1898er Krise entscheidende Impulse erhielten.⁵⁵ Wie im Folgenden noch zu zeigen sein wird, hing das Ausmaß des Mobilisierungserfolges der peripheren Nationalbewegungen aber nicht nur von diesem gesamtspanischen Kontext ab, sondern auch von einem entscheidenden Faktor »vor Ort«: dem Ausmaß des sozioökonomischen Modernisierungsprozesses.

4. DAS AUFKOMMEN DER ALTERNATIVEN NATIONALISMUSPROJEKTE BIS ZUM BÜRGERKRIEG⁵⁶

4.1 Katalonien

Katalonien hatte im spanischen Erbfolgekrieg auf der Seite der Habsburger gegen Philipp V. gekämpft und nach dessen Sieg 1714 praktisch alle eigenen Selbstverwaltungs-

54 *De Riquer*, Nacionalidades, S. 89.

55 Selbst Autoren, die den Formierungsprozess der spanischen Nation im 19. Jahrhundert wesentlich positiver und erfolgreicher einschätzen, kommen um gewisse Zugeständnisse an die in der neueren Debatte besonders von De Riquer vertretene Position nicht herum. Vgl. dazu etwa den folgenden Aufsatz von Olábarri, der zwar einerseits schon am Ende des 18. Jahrhunderts »ein gewisses Nationalbewusstsein bei allen Spaniern« konstatiert (S. 79), gleichzeitig aber seit der Mitte des 19. Jahrhunderts und trotz der 1876 definitiv hergestellten »spanischen Einheit« immer noch eine »heterogene Realität im Inneren Spaniens« und ein Fortbestehen »partikularistischer Bewusstseinsformen« (S. 138) in den Regionen erkennt. Vgl. *Ignacio Olábarri Gortázar*, Un conflicto entre nacionalismos: la »cuestión regional« en España, 1808–1939, in: *Fernando Fernández Rodríguez* (Hrsg.), *La España de las autonomías*, Madrid 1985, S. 69–147. Juan Linz spricht sogar von der »teilweise gescheiterten Konstruktion der spanischen Nation«, obwohl sich »im 19. Jahrhundert für die Mehrheit der Spanier mit ziemlicher Kraft das Gefühl entwickelte, Teile einer Nation und nicht nur eines Staates zu sein«. Vgl. *Juan Linz*, Los nacionalismos en España: una perspectiva comparada, in: *Historia y Fuente Oral* 7, 1992, S. 127–135, hier: S. 133. Die Linzsche Interpretation des spanischen State- und Nation-Building liegt im Grunde gar nicht weit von der Sichtweise De Riquers entfernt. Vgl. dazu seinen schon klassischen, aber auch heute noch grundlegenden Aufsatz von 1973: *Linz*, Early Nation-Building. Selbst Juan Pablo Fusi, der sich am deutlichsten von den Thesen De Riquers abgesetzt hat, spricht erst ab 1900 davon, dass in Spanien »die Nation, und nicht die Ortschaft, die Provinz oder die Region der wirkliche Schauplatz des politischen, ökonomischen und sozialen Lebens« war. Vgl. *Juan Pablo Fusi*, Revisionismo crítico e historia nacionalista (A propósito de un artículo de Borja de Riquer), in: *Historia Social* 7, 1990, S. 127–134, hier: S. 132. Die jüngste Version dieser Thesen, nach denen schon um 1700 von der Existenz einer spanischen Nation gesprochen werden kann, findet sich bei *dems.*, *España. La evolución de la identidad nacional*, Madrid 2000, insbes. S. 121 (»España, que con los Reyes Católicos era todavía, como escribió Cánovas, un rincón de Europa, se había transformado en una nación [...]«).

56 Die neueste und beste Gesamtdarstellung zur Entwicklung der peripheren Nationalismen (und Regionalismen) vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart ist von *Xosé M. Núñez Seixas*, *Los na-*

rechte und -institutionen verloren. Dennoch war das 18. Jahrhundert nicht nur die Epoche der politischen und administrativen Integration Kataloniens in die Bourbonen-Monarchie; es war ebenfalls ein Zeitraum, in dem die Region einen intensiven wirtschaftlichen und demographischen Wachstumsprozess vollzog. Landwirtschaft und Manufakturen gingen von der Selbstversorgung zur Kommerzialisierung auf überregionalen und internationalen Märkten über. So entstand ein modernes Katalonien innerhalb der weitgehend agrarischen und rückständigen kastilischen Monarchie.⁵⁷ Dieser Kontrast zwischen rückständigem politischem Zentrum und dynamischer Peripherie bildete die Grundlage für das Aufkommen der katalanistischen Bewegung seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts.

Obwohl über diese allgemeine Grundkonstellation des historischen Hintergrunds des Katalanismus ein weitgehender Konsens besteht, stehen sich nun schon seit den 1970er Jahren zwei verschiedene Erklärungsmuster gegenüber, die sich besonders hinsichtlich der Verortung der sozialen Trägerschichten des katalanischen Nationalismus unterscheiden. Nach Jordi Solé-Tura und seiner stark vom Marxismus inspirierten, schon klassischen Interpretation war der politische Katalanismus eine Erfindung und ein Machtinstrument der katalanischen Großbourgeoisie in ihrem Kampf um die Macht im spanischen Staat und zur Durchsetzung ihrer (protektionistischen) Sonderinteressen. Dieser strategische Schachzug der katalanischen Textilindustriellen war nötig geworden, da es sich im 19. Jahrhundert, und definitiv nach 1898, erwiesen hatte, dass die traditionellen spanischen Herrschaftseliten zu einer Reform des Staates im Interesse der aufwärts strebenden, dynamischen Bourgeoisie nicht in der Lage waren. Die Erneuerung Spaniens musste also von der Peripherie aus erfolgen, und an ihrer Spitze mussten die katalanischen Industriellen stehen.⁵⁸

Dieses Paradigma wurde später durch ein Stufenmodell verfeinert, in dem zwar die Urheberschaft des Katalanismus nach wie vor bei der Bourgeoisie lag, aber ebenfalls eingeräumt wurde, dass in späteren Entwicklungsphasen der katalanischen Nationalbewegung durchaus auch andere soziale Schichten an der Spitze der Bewegung stehen konnten. Doch auch in dieser Sichtweise blieb der katalanische Nationalismus insgesamt ein (industrie-)bürgerliches Phänomen. Das änderte sich erst, als Josep Termes sein Alternativmodell eines »Volkskatalanismus« (*catalanisme popular*) vorstellte.⁵⁹ Termes kritisierte das mechanistische und zu stark materialistisch orientierte Interpretationsschema des »bürgerlichen Katalanismus« und warf seinen Urhebern methodologische Kurzsichtigkeit vor, da die fast ausschließliche Auswertung (partei-)politischer Quellen den Blick auf eine andere soziale und kulturelle Realität verstelle: die Existenz einer breiten, vor allem in den mittleren und unteren Gesellschaftsschichten verankerten katalanistischen Grundhaltung als Ausdruck der Resistenz besonders gegen die kulturelle Assimilierung Kataloniens. Danach konnte die Bourgeoisie nicht als Schöpferin des Katalanismus gelten. Im Gegenteil: Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts vertraten die katalanischen Industriellen über die staatstragenden monarchistischen Parteien ein klar gesamtstaatlich orientiertes, spanisches politisches Projekt. Erst als dieses 1898 in eine

cionalismos en la España contemporánea (siglos XIX y XX), Barcelona 1999. Einen guten bibliografischen Überblick über die umfangreiche historiographische und sozialwissenschaftliche Produktion zum Thema bis 1992/93 verschaffen die Arbeiten vom selben Autor: *Historiographical Approaches to Nationalism in Spain*, Saarbrücken etc. 1993 sowie von *Justo Beramendi*, *La historiografía de los nacionalismos en la España contemporánea*, in: *Historia Contemporánea* 7, 1992, S. 135–154.

57 Grundlegend dazu ist immer noch *Pierre Vilar*, *La Catalogne dans l'Espagne moderne*, 3 Bde., Paris 1962.

58 *Jordi Solé-Tura*, *Catalanismo y revolución burguesa*, Madrid 1970.

59 *Josep Termes*, *Federalismo, Anarcosindicalismo y Catalanismo*, Barcelona 1976.

schwere Krise geriet, setzte sich die Bourgeoisie an die Spitze der katalanistischen Bewegung und instrumentalisierte sie zu ihren Gunsten.

Diese Debatte dauert bis in die Gegenwart an.⁶⁰ In einer provisorischen Zwischenbilanz könnte man insbesondere auf die Fortschritte bei der Präzision der Begrifflichkeit verweisen. Die Debatte krankte von Anfang an an der mangelnden analytischen Trennschärfe der von den diversen Autoren jeweils unterschiedlich verstandenen Begriffe. Das galt vor allem für den Begriff »Katalanismus«, der für einige identisch war mit dem des politischen Nationalismus als einer politischen und sozialen Bewegung, die organisatorisch klar von anderen Bewegungen abgegrenzt war und deren Ziel die Wiedererlangung der politischen Selbstbestimmung für das katalanische Volk war, unabhängig davon, ob diese über den Weg des Separatismus oder den der Autonomie erreicht werden sollte. Danach kann vom politischen Katalanismus *strictu sensu* frühestens seit Beginn der 1880er Jahre gesprochen werden, in denen sich mit dem zuerst rein kulturell orientierten *Centre Català* unter der Führung von Valentí Almirall allmählich eine eigenständige politische Bewegung herauskristallisierte, die sich aus dem Mittelstand rekrutierte, politisch aus der Tradition des föderalistischen Republikanismus kam und schon 1885 in der ersten größeren, antizentralistischen Massenmobilisierung (»Memorial de Greuges«) in einer Petition an den König nicht nur die Beibehaltung des katalanischen Zivilrechts verlangte, sondern auch schon zum ersten Mal die Verteidigung der protektionistischen Interessen der katalanischen Textilproduzenten auf ihre Fahnen schrieb. Die Kulmination dieses Prozesses folgte dann 1887 mit der Gründung der ersten katalanistischen Partei, der *Lliga de Catalunya*, – einer konservativ-katholischen Abspaltung des *Centre*, das sich kurze Zeit später auflöste – sowie mit dem Zusammenschluss zahlreicher lokaler katalanistischer Vereine zur *Unió Catalanista* (1891), die ein Jahr nach ihrer Gründung mit den *Bases de Manresa*⁶¹ das erste, stark traditionalistisch-korporativistisch geprägte Autonomieprogramm vorlegte.⁶² Eine soziologische Analyse der Delegierten der *Unió* auf ihren Kongressen zwischen 1892 und 1904 verdeutlicht die starke Vertretung großer und mittlerer Grundbesitzer, Freiberufler und – erst an dritter Stelle – Fabrikanten und Bankiers.⁶³ Diese zeigten sich allerdings kurze Zeit später bereit, »die regionalistische und regenerationistische Botschaft des katalanischen Nationalismus anzuhören«⁶⁴, nachdem die auch von den katalanischen Industriellen als spanische Besitztümer verteidigten Kolonien verloren gegangen waren und 1899 der konservative Reformansatz Silvelas gescheitert war. Die Folge dieser neuen Situation war die Abwendung der katalanischen Bourgeoisie von den

60 Einer der letzten Belege dazu ist die diesem Thema gewidmete Nummer 229 (1998) der renommierten katalanischen Zeitschrift für Geschichtswissenschaft *L'Avenç*. Vgl. dort die Beiträge zum Problem der sozialen Verortung des Katalanismus (»Les arrels socials del catalanisme«) von Pere Anguera, Angel Duarte und Pere Gabriel sowie die Diskussion zwischen Joaquim Molas, Joan Lluís Marfany und Joaquim Nadal zur selben Fragestellung. Eine pointierte Zusammenfassung der unterschiedlichen Standpunkte in dieser Debatte findet sich auch in den Artikeln im Sammelband *Josep Termes u.a., Catalanisme: Història, política i cultura*, Barcelona 1986. Vgl. neuerdings auch *Josep Termes, Les arrels socials del catalanisme*, Barcelona 1999. Einen kritischen Überblick über die Entwicklung der Forschung zum Katalanismus vor 1995 (»mehr Lücken als definitive Interpretationen«, S. 83) vermittelt Pere Anguera, *El catalanisme en la historiografia catalana*, in: *Recerques* 29, 1994, S. 61–83.

61 *Joan Luis Pérez Francesch, Les Bases de Manresa y el programa politic de la Unió Catalanista (1891–1899)*, Manresa 1992.

62 *Jordi Llorens y Vila, La Unió Catalanista y els orígens del catalanisme politic*, Barcelona 1992.

63 Zur Entwicklung des katalanistischen Vereinswesens im 19. Jahrhundert vgl. *Gerhard Brunn, Die Organisationen der katalanischen Bewegung 1859–1923*, in: *Theodor Schieder/Otto Dann* (Hrsg.), *Nationale Bewegungen und soziale Organisation*, Bd. I: *Vergleichende Studien zur nationalen Vereinsbewegung des 19. Jahrhunderts in Europa*, München etc. 1978, S. 281–571.

64 *Albert Balcells, El nacionalismo catalán*, Madrid 1991, S. 42.

monarchistischen Parteien, ihre katalanistische Neuorientierung und, als Konsequenz davon, 1901 die Gründung der *Lliga Regionalista de Catalunya* als Fusion einer konservativen Abspaltung der *Unió*, – dem *Centre Nacional Català* unter Prat de la Riba –, und der unter Mitwirkung des Unternehmervverbandes gegründeten *Unió Regionalista*.⁶⁵ Der erste große Wahlsieg dieser Partei im Gründungsjahr bedeutete für Barcelona das definitive Ende der Vorherrschaft der monarchistischen Parteien und für den politischen Katalanismus im Allgemeinen den Beginn einer praktisch bis zur Zweiten Republik andauernden Dominanz des konservativen, stark bürgerlich geprägten und nicht auf die Unabhängigkeit, sondern auf die katalanische Intervention im spanischen Staat bedachten Nationalismusprojekts. Die unumstrittene Führungspersönlichkeit dieses konservativen und unternehmerfreundlichen Nationalismus war Francesc Cambó.⁶⁶

Neben dieser engeren Definition des Katalanismus besteht jedoch auch noch eine breiter gefasste, besonders auch kulturgeschichtlich inspirierte Version, die nach Spuren einer mehr oder weniger bewussten »catalanitat« (»Katalanentum«) bei den diversen Sektoren der Gesellschaft forscht. Dieser Ansatz hat dazu geführt, dass die ursprünglich von Termes vertretene These eines »catalanisme popular« Punkte gewonnen hat, da Katalanismus aus dieser Sicht nicht mehr ausschließlich politisch verstanden und am Modell der konservativen und bürgerlichen *Lliga* gemessen wurde. Die Sichtweise wurde nun praktisch umgekehrt: Im Vordergrund standen nicht mehr die Parteien und ihre Programme, sondern die katalanische Gesellschaft, deren verschiedene Sektoren auf Anzeichen eines katalanischen Partikularbewusstseins abgeklopft wurden. Es wurde nicht mehr nur der politische, nationalistische Katalanismus erforscht, sondern auch dessen kulturelle Grundlagen und Repräsentationen (Chorwesen, Wander- und Ausflugsbewegung; der »Nationaltanz« der *Sardana*, die Sprache⁶⁷), ebenso wie andere politische und besonders kulturelle Identifikationsmuster und Ausdrucksformen, die Angel Duarte als »nicht nationalistischer Katalanismus« beschrieben hat.⁶⁸ Diese Sichtweise führte erstens zu einer stärkeren Betonung der katalanistischen Komponente der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Katalonien bei den Unter- und Mittelschichten dominierenden föderalistischen Republikaner, deren bedeutender Beitrag zur katalanistischen Bewegung laut Pere Gabriel darin bestand, Katalanismus eng mit dem Kampf für Reformen und Demokratie zu verbinden, die erst später von den Ideologen des konservativen Nationalismus aufgegriffene Unterscheidung zwischen Staat und Nation vorzudenken und die Sprache zum zentralen Element der katalanischen Nationalität zu erheben.⁶⁹ Zweitens wurde der in den 1830er Jahren einsetzenden kulturalistischen Bewegung der »*Renaixença*« mit ihrem zentralen Anliegen der Weiterentwicklung des Katalanischen zu

65 *Isidre Molas*, *Lliga Catalana*, Barcelona 1972; *Borja de Riquer*, *Lliga Regionalista. La burguesía catalana y el nacionalisme, 1898–1904*, Barcelona 1977.

66 *Jesús Pabón*, *Cambó*, 3 Bde., Barcelona 1952–1969; das Abdriften Cambós in rechtsautoritäre, profranquistische Politikbereiche seit Beginn des Bürgerkriegs und seine direkte, nicht nur moralische, sondern auch finanzielle Unterstützung der neuen Regierung von Burgos belegt *Borja de Riquer*, *L'últim Cambó (1936–1947). La dreta catalanista davant la guerra civil y el franquisme*, Vic 1996.

67 *Joan-Lluís Marfany*, *La cultura del catalanisme*, Barcelona 1996.

68 Vgl. dazu Duartes oben zit. Beitrag in der Zeitschrift *L'Avenç* 229, 1998, hier: S. 37.

69 *Pere Gabriel*, *El republicanismo militante en Cataluña en la primera etapa de la Restauración, 1875–1893*, in: *José A. Piqueras/Manuel Chust* (Hrsg.), *Republicanos y repúblicas en España*, Madrid 1996, S. 163–183, hier: S. 180. Vgl. ebenso *Angel Duarte*, *El republicanisme català a la fi del segle XIX*, Vic 1987 und immer noch *Santiago Alberti*, *El republicanisme català y la Restauració monàrquica (1875–1923)*, Barcelona 1972. Die beste Lokalstudie zum Thema ist die von *Angel Duarte*, *Possibilistes i federals. Política i cultura republicana a Reus (1874–1899)*, Reus 1992.

70 Das ist der Titel der neuesten Studie zum Thema. Vgl. *Pere Anguera*, *El català al segle XIX. De llengua del poble a llengua nacional*, Barcelona 1997.

einer modernen Schriftsprache, vom Status einer »Volksprache« zu dem einer »Nationalsprache«⁷⁰, eine stärkere Aufmerksamkeit geschenkt. Die »Renaixença« erfüllte in Katalonien die Funktion des kulturellen Protonationalismus im Modell von M. Hroch.⁷¹ Trotz ihres mit der industriellen Entwicklung im Widerspruch stehenden ausgeprägten Agrarromantizismus⁷² war sie auch auf eine andere Weise eine wichtige Voraussetzung für die Herausbildung des politischen Nationalismus: Im Verlaufe des 19. Jahrhunderts wurde den die »Renaixença« tragenden intellektuellen Eliten klar, dass die Sprachenfrage letztendlich nur eine Funktion der politischen Machtfrage war. Auch hier tritt wieder die ursprünglich zentrale Bedeutung des föderalistischen Republikanismus als erstes populäres politisches Projekt zu Tage, dessen Vertreter sich mehrheitlich dem vor allem seit dem oben schon erwähnten Gesetz zur öffentlichen Schulerziehung (»Ley Moyano«, 1857) beschleunigten Prozess der Sprachsubstitution des Katalanischen durch das Spanische widersetzen. Auch hier sprang die katalanische Bourgeoisie, die schon länger auf das Spanische als Sprache des sozialen Aufstiegs gesetzt hatte, erst spät auf den schon fahrenden Zug auf.⁷³

Das Forschen nach Spurenelementen der »catalanitat« bei den verschiedenen Sektoren der katalanischen Gesellschaft führte darüber hinaus zu einer Revision des Verhältnisses der Arbeiterschaft zur nationalen Frage. Galt bislang die seit 1910 mehrheitlich anarchosyndikalistisch orientierte Arbeiterbewegung als nicht –, wenn nicht gar als antikatalanistisch⁷⁴, so versteht die neuere Forschung Katalanismus und Arbeiterbewegung/-schaft nicht mehr als so kategorisch unvereinbar wie noch vor wenigen Jahren, selbst wenn sich in Katalonien – im Gegensatz zum Baskenland und Galicien – bis heute keine spezifisch nationalistischen Gewerkschaften haben herausbilden können.⁷⁵ So hat etwa Klaus-Jürgen Nagel bei den katalanischen Arbeitern ein föderalistisch-anarchistisch-katalanistisches Ideologiemisch festgestellt. Viele Arbeiter sprachen katalanisch, akzeptierten katalanistische Symbole und trugen mit ihren Stimmen in der II. Republik zur Ablösung des konservativen Nationalismus der Lliga durch den populäreren Mittel-Links-Katalanismus der im März 1931 gegründeten *Esquerra Republicana de Catalunya*⁷⁶ an der Spitze der katalanistischen Bewegung der Region bei. Vor dem Bürgerkrieg gab es in Katalonien keine spezifische, klar abgegrenzte Arbeiterkultur, sondern eher eine »Volkskultur der Arbeitenden«, in der katalanistische Elemente durchaus präsent waren. Über die 1903 gegründete Gewerkschaft der Handelsangestellten (*Centre Autonomista de Dependents del Comerç y de la Indústria, CADCI*)⁷⁷ oder, später in der Republik, über

71 Miroslav Hroch, *Social Preconditions of National Revival in Europe. A Comparative Analysis of the Social Composition of Patriotic Groups Among the Smaller European Nations*, Cambridge 1985.

72 Darauf weist besonders Josep M. Fradera hin. Vgl. *Josep M. Fradera, Cultura nacional en una societat dividida. Patriotisme i cultura a Catalunya (1838-1868)*, Barcelona 1992.

73 Das ist eine der zentralen Thesen der Analyse von Anguera, *El català*.

74 Vgl. Antonio Elorza, *Los nacionalismos en el Estado español contemporáneo: Las ideologías*, in: *Estudios de Historia Social* 28–29, 1984, S. 149–168. Dort wird auf S. 156 die anarchosyndikalistische CNT als »anti-katalanistisches Bollwerk« bezeichnet. Eine ähnliche These vertritt auch für die Periode vor der Gründung der CNT José Álvarez Junco, *La ideología política del anarquismo español (1868–1910)*, Madrid 1976.

75 Jacint Jordana/Klaus-Jürgen Nagel, *Trade Unionism in Catalonia: Have Unions Joined Nationalism?*, in: *Patrick Pasture/Johan Verberckmoes* (Hrsg.), *Working-Class Internationalism and the Appeal of National Identity. Historical Debates and Current Perspectives on Western Europe*, Oxford etc. 1998, S. 83–106.

76 Enric Ucelay da Cal, *La Catalunya populista. Imatge, cultura y politica en l'etapa republicana (1931–1939)*, 2 Bde., Barcelona 1988 u. 1990; A. Sallés, *Quan Catalunya era d'esquerra*, Barcelona 1986; María Dolores Ivern, *Esquerra Republicana de Catalunya, 1931–1936*, Barcelona 1989.

77 Manuel Lladonosa, *Catalanisme y moviment obrer. El CADCI entre 1903 y 1923*, Barcelona 1988.

den kurz vor der Primo-Diktatur ins Leben gerufenen Verband der Weinbaupächter *Unió de Rabassaires*⁷⁸ waren Teile der städtischen und ländlichen Mittel- und Unterschichten direkt an die katalanistische Bewegung gebunden. Laut Nagel ist die scharfe anarchosyndikalistische – und vorher auch radikal-republikanische – Polemik gegen die *Lliga* nicht als generelle Absage an den Katalanismus als solchen zu verstehen, sondern als Auseinandersetzung der Arbeiter mit dem Klassenfeind. Zusammenfassend kommt der Autor zu dem Ergebnis, im untersuchten Fall müsse man anstatt von »dem Katalanismus« von verschiedenen, auch organisatorisch und schichtenspezifisch differenzierten »Katalanismen« sprechen, denen allerdings der »strukturelle Gegensatz zu »Spanien« bewusst war, wodurch in bestimmten Konfliktfällen »klassenübergreifende »nationale« Fronten und Bündnisse« möglich wurden.⁷⁹

4.2 Das Baskenland

Im Gegensatz zu Katalonien konnten die baskischen Provinzen ihre Selbstverwaltungsrechte bis ins 19. Jahrhundert retten. Diese wurden dann ebenfalls nach verlorenen Kriegen, in denen der Großteil der Basken auf der Seite der karlistischen Neoabsolutisten gekämpft hatte, 1839 und dann endgültig 1876 abgeschafft. Übrig blieben seit 1878 die sogenannten *Conciertos Económicos*, die den baskischen Provinzen eine gewisse Steuerhoheit innerhalb der allgemeinen fiskalen Rahmenrichtlinien des spanischen Staates einräumten.⁸⁰

Auch im baskischen Fall entstand die Nationalbewegung zunächst in Form eines stark kulturell orientierten Protonationalismus der Intelligenz. Diese »Phase A« lässt sich für einzelne Autoren schon seit den 1830/40er-Jahren nachweisen, obwohl ihr wirklicher Aufschwung erst kurz nach Ende des letzten Karlistenkrieges zu Beginn der 1880er Jahre einsetzte. Der Dreh- und Angelpunkt dieser als *Fuerismo* bekannten Bewegung war die Erinnerung an die Zeit der *Fueros*, der baskischen Selbständigkeit, was einherging mit einer intensiven Beschäftigung mit der baskischen Geschichte, Sprache und Kultur.⁸¹ Im Unterschied zum Hrochschen Modell war der *Fuerismo* jedoch von Anfang an auch politisch orientiert, da seine weitgehend liberal ausgerichteten Organisationen – ohne nennenswerten Erfolg – mit dem Ziel der Wiederherstellung des *status quo ante* an Wahlen

78 Jordi Pomés, *Sindicalisme pagès y republicanisme popular a Catalunya (1918–1930)*. La Unió de Rabassaires: Entre el radicalisme obrerista y la via cooperativista, Doktorarbeit, Universidad Autònoma de Barcelona, 1998, Ms.

79 Klaus-Jürgen Nagel, *Arbeiterschaft und nationale Frage in Katalonien, 1898–1923*, Saarbrücken etc. 1991; ders., *Katalanistische Bewegung und Gesellschaft 1898 bis 1939*, in: *Zeitschrift für Katalanistik* 7, 1994, S. 9–36 (Zitat aus dem Text: S. 35); ders., *Arbeiter und Vaterland: Katalonien zwischen 1898 und 1923*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 20, 1994, S. 349–363; ders., *Forschungen zum Verhältnis von Nationalismus und Arbeiterbewegung: Das Beispiel Katalonien*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung* 17, 1996, S. 160–180 (mit weiteren, ausführlichen Literaturhinweisen).

80 Julio Aróstegui, *El carlismo y los Fueros vasconavarros*, in: Ders. u.a., *Historia del Pueblo Vasco*, San Sebastián 1979, Bd. III, S. 72–135; Vicente Garmendia, *La ideología carlista (1868–1876)*. En los orígenes del nacionalismo vasco, San Sebastián 1984; María Cruz Mina, *Fueros y revolución liberal en Navarra*, Madrid 1981; José Extramiana, *Historia de las guerras carlistas*, 2 Bde., San Sebastián 1979; Bartolomé Clavero, *Fueros vascos. Historia en tiempo de Constitución*, Barcelona 1985.

81 Javier Fernández Sebastián, *La génesis del fuerismo. Prensa e ideas políticas en la crisis del Antiguo Régimen (País Vasco, 1750–1840)*, Madrid 1991; Jon Juaristi, *El linaje de Aitor. La invención de la tradición vasca*, Madrid 1997; María Cruz Mina, *Ideología, Fueros y modernización. La metamorfosis del fuerismo. II: Siglos XIX y XX*, in: *Historia Contemporánea* 4, 1990, S. 89–106.

teilnahmen. Das politische Programm der *Fueristas* war in keinem Fall separatistisch, da die wiederzuerlangenden *Fueros* als Pakt des baskischen Volkes mit der spanischen Krone zur Absicherung der baskischen Selbstverwaltungsrechte innerhalb der Monarchie interpretiert wurden. Die militärisch nun endgültig geschlagenen Karlisten stimmten mit diesem Ziel weitgehend überein, auch wenn sie die Legalität des Herrscherhauses nicht anerkannten.

Der *Fuerismo* blieb politisch wirkungslos, da seine sozialen Trägerschichten schwach und weitgehend einflusslos waren. Die baskische Bourgeoisie hatte sich dank der von Madrid gewährten Finanzautonomie mit dem Restaurationsregime arrangiert und kontrollierte seit Anfang der 1880er Jahre über die staatstragenden monarchistischen Parteien die baskischen Provinzverwaltungen. Die Landbevölkerung (Kleinbauern, Pächter) blieb dem Traditionalismus treu (Karlismus; seit 1888 auch Integrismus). Die nur rudimentär entwickelten städtischen Mittel- und Unterschichten verteilten sich auf den Traditionalismus und die verschiedenen, unter sich zerstrittenen republikanischen Optionen. Trotz dieser politischen und sozialen Impotenz schuf der *Fuerismo*, ähnlich wie die katalanische *Renaixença*, durch die kulturelle Tätigkeit seiner Vertreter eine wichtige Grundlage für den späteren Erfolg des politischen Nationalismus. In den Schriften der *Fueristas* wurden zentrale Elemente des symbolischen Mikrokosmos der nationalistischen Bewegung geschaffen, so etwa die Verherrlichung und Mythologisierung des »goldenen Zeitalters« der *Fueros*, oder auch die Legende des in zahlreichen mittelalterlichen Schlachten bewiesenen, von den spanischen »Aggressoren« bis ins 19. Jahrhundert nicht besiegten, unbändigen baskischen Freiheitswillens.⁸² Von enormer Wichtigkeit für die Verbreitung dieser fueristischen Botschaft in einer noch vornehmlich agrarischen Region waren die zahlreichen Auftritte der populären Barden und Bänkelsänger, die von Dorffest zu Dorffest zogen und in ihren Versen Themen wie den Verlust der *Fueros*, den Niedergang der baskischen Sprache oder den Verfall der traditionellen Sitten und Bräuche ansprachen. Dadurch gelang es, die enge Begrenzung dieses kulturellen Protonationalismus auf die (oft klerikale) städtische Intelligenz zu überwinden und auch die Agrarbevölkerung in die Bewegung des *Fuerismo* mit einzubeziehen. Schon vor Antritt des politischen Nationalismus hatte sich also in breiten Teilen der baskischen Gesellschaft ein baskisches Partikularbewusstsein entwickelt, das sich zwar durchaus in (baskisch) nationalen Kategorien artikuliert, sich aber noch nicht als inkompatibel mit dem spanischen nationalstaatlichen Projekt verstand.

Der Schritt vom Protonationalismus zum Nationalismus erfolgte dann seit Ende der 1880er Jahre.⁸³ Dies war die Konsequenz des industriekapitalistischen Modernisierungsprozesses, der nach dem Ende des letzten Karlistenkrieges mit der massiven Ausfuhr von Eisenerz, dem Import von Kohle und dem Aufbau einer regionalen Schwerindustrie begonnen hatte und vor allem die Provinz Vizcaya, seit 1900 auch die andere

82 Juan María Sánchez Prieto, *El imaginario vasco. Representaciones de una conciencia histórica, nacional y política en el escenario europeo, 1833–1876*, Barcelona 1993.

83 Das neueste Überblickswerk über die Entwicklung des baskischen Nationalismus bis zum Bürgerkrieg ist die Studie von Santiago de Pablo/Ludger Mees/José Antonio Rodríguez Ranz, *El péndulo patriótico. Historia del Partido Nacionalista Vasco*, Bd. 1: 1895–1936, Barcelona 1999. Die umfangreiche Bibliografie im Anhang dieses Buches enthält eine praktisch komplette Auflistung aller Veröffentlichungen zu diesem Thema.

84 Unter den Historikern besteht ein weitgehender Konsens über den Zusammenhang zwischen Modernisierung und Nationalismus im Baskenland. Nur Juaristi, der einen stärker sozialpsychologisch orientierten Erklärungsversuch des Nationalismus vertritt, hat diesen Zusammenhang bestritten. Vgl. Jon Juaristi, *El bucle melancólico. Historias de nacionalistas vascos*, Madrid 1998, S. 33. Zur Industrialisierung vgl. Manuel González Portilla, *La formación de la sociedad capitalista en el País Vasco*, 2 Bde., San Sebastián 1981; Montserrat Gárate, *El proceso de desarrollo económico en Guipúzcoa*, San Sebastián 1976.

Küstenprovinz Guipúzcoa erfasste.⁸⁴ In den vom sozialen Wandel erfassten baskischen Gebieten entwickelte sich in wenigen Jahren eine neue Gesellschaftsstruktur, an deren unterem Ende das vor allem auch durch die massive Einwanderung aus dem agrarischen, nicht baskischen Umland rekrutierte Industrieproletariat stand. Am anderen Ende der sozialen Stufenleiter befand sich die baskische Industrie- und Finanzoligarchie, die sich im Gegenzug zur Absicherung ihrer protektionistischen Interessen monarchistisch organisierte und zur wichtigsten Stütze der Restaurationsmonarchie im Baskenland wurde.

Im Gegensatz zum katalanischen Fall gibt es bei der Analyse der sozialen Trägerschichten des baskischen Nationalismus keine Debatte über die politische Verortung dieser zahlenmäßig kleinen, aber familiär untereinander verwobenen und nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch mächtigen Großindustriellen. Sie waren durchweg monarchistisch, in der Republik dann konservativ bis faschistisch, immer aber spanisch-, nicht baskisch-nationalistisch. Dennoch spielt die Frage der Bourgeoisie auch in der baskischen Debatte eine wichtige Rolle. Die Forschung über die Ursprünge der nationalistischen Bewegung, die sich seit 1895 um die von Sabino Arana Goiri gegründete Partei des »Partido Nacionalista Vasco« gruppierte, hat deren Verwurzelung im städtischen Kleinbürgertum Bilbaos nachgewiesen. Der Nationalismus, der anfänglich radikal separatistisch eingestellt und extrem wertkonservativ (ultramontaner Katholizismus, Anti-industrialismus, Agrarromantizismus, Antisozialismus, Ethnozentrismus und Xenophobie) ausgerichtet war, war in den ersten Jahren die Bewegung einer durch den Modernisierungsprozess deplatzierten unteren städtischen Mittelschicht, deren Radikalisierung eine Antwort auf die empfundene Bedrohung von »oben« (dominante Industriebourgeoisie) und von »unten« (sozialistisch organisierte Arbeiterbewegung) war.⁸⁵ Die Radikalität des Modernisierungsprozesses und die in nur wenigen Jahren sichtbare Vehemenz seiner Folgen bedeuteten das Ende moderater und um Ausgleich bemühter politischer Projekte (Fuerismo) und schufen eine neue soziopolitische Kontextstruktur, in der radikale und extremistische Diskurse gedeihen konnten. Das gilt sowohl für den frühen Nationalismus wie auch für die bis etwa 1915 wesentlich auf den (z.T. auch gewaltsamen) Arbeiterkampf und kaum auf den Parlamentarismus konzentrierte sozialistische Bewegung im Baskenland. Das Zusammentreffen von Modernisierungskrise und Staatskrise nach dem Debakel von 1898 gab dem baskischen wie dem katalanischen Nationalismus neue Impulse.⁸⁶

Zu dem Protest des traditionellen städtischen Kleinbürgertums gesellten sich aber noch vor dem frühzeitigen Tod des Parteigründers (1903) innerhalb der nationalistischen Bewegung im Baskenland die Interessen einer anderen bürgerlichen Schicht, die in Anlehnung an Gramsci in der Forschung als »nicht monopolistische Bourgeoisie« bezeichnet worden ist. Nach diesem besonders von Corcuera ausgearbeiteten Interpretationsschema⁸⁷ handelt es sich um den Sektor der aufstrebenden baskischen Industriebourgeoisie, der

85 Javier Corcuera, *Orígenes, ideología y organización del nacionalismo vasco, 1876–1904*, Madrid 1979; Juan José Solozabal, *El primer nacionalismo vasco. Industrialismo y conciencia nacional*, Madrid 1975; Jean-Claude Larronde, *El nacionalismo vasco. Su origen y su ideología en la obra de Sabino Arana Goiri*, San Sebastián 1977; Ludger Mees, *Das baskische Labyrinth. Sozialgeschichtliche Implikationen, kulturelles Umfeld und politische Artikulation des baskischen Nationalismus 1876–1937*, in: AfS 32, 1992, S. 33–55.

86 Ludger Mees, *De la Marcha de Cádiz al Arbol de Gernika. El País Vasco ante la guerra y la crisis del 98*, in: *Studia Historica. Historia Contemporánea* 15, 1997, S. 239–264.

87 Dieser Begriff wurde in die spanische Debatte vor allem von Manuel Tuñón de Lara eingeführt. Vgl. dazu sein Werk *Estudios sobre el siglo XIX español*, Madrid 1984, hier insb. S. 181. González Portilla verwendete den Begriff in seiner oben zitierten Wirtschaftsgeschichte, wonach Corcuera ihn dann zu einem Schlüsselbegriff seiner Analyse der Entstehungsgeschichte des baskischen Nationalismus machte.

nicht zur Gruppe der monarchistischen Eisen- und Stahlbarone gehörte, und daher aus dem sozial und politisch dominanten Machtkartell ausgegrenzt blieb. Wirtschaftspolitisch unterschied sich diese Fraktion der Bourgeoisie von den »Industrieoligarchen« durch eine stärkere Orientierung auf den Weltmarkt und eine entsprechend geringere Abhängigkeit vom staatlichen Protektionismus. Als ihre prototypischen Vertreter werden allgemein die Reeder im Hafen von Bilbao angesehen. Ihre Hinwendung zum Nationalismus wird als interessengeleitete Strategie der Machteroberung interpretiert; ihr moderater autonomistischer und antiseparatistischer Nationalismus gilt als Ausdruck ihres Interesses, die Türen zum spanischen Markt nicht zuzustoßen. Nach dem Tod des charismatischen Parteigründers brach innerhalb der nationalistischen Bewegung ein offener Kampf um die Macht aus, der mit dem Sieg der bürgerlichen Nationalismusfraktion endete. Dennoch, so schließen die diesem Interpretationsschema nahe stehenden Historiker, belegen spätere parteiinterne Konflikte und Spaltungen (1915/16; 1921; 1932/33) die Fortdauer des inner-nationalistischen Konfliktes zwischen (moderatem) Bürgertum und (radikaleren) populären Schichten auch in den dreißig Jahren nach dem Tod Sabino Aranas.

Die bahnbrechende Studie Corcueras erschien 1979. Die neuere Forschung hat seitdem viele seiner Thesen bestätigt, andere präzisiert oder auch korrigiert. Auch hier soll versucht werden, den gegenwärtigen Wissensstand in einer Zwischenbilanz thesenhaft zusammenzufassen:

1. Ähnlich wie im katalanischen Fall hat sich die neuere Forschung zum baskischen Nationalismus von zu schematischen, stark materialistisch geprägten Interpretationsmodellen abgesetzt. Die dahinter stehende klassisch marxistische, historisch zu simple und grobmußtrige Vorstellung vom Nationalismus als »Erfindung« und Instrument der Bourgeoisie hat sich auch im baskischen Fall als revisionsbedürftig erwiesen.

2. Die wichtigste Folge dieser Revision betraf auch hier die Rolle der nationalistischen Bourgeoisie. In diesem Zusammenhang sind die Unschärfe des zentralen Begriffs der »nicht monopolistischen Bourgeoisie« und seine ungenügende empirische Absicherung kritisiert worden. Den allgemein als Prototyp dieser Klasse geltenden nationalistischen Industriellen und Reeder Ramón de la Sota unterschied seit seinem spektakulären wirtschaftlichen Aufstieg in der Boomphase des Ersten Weltkriegs kaum noch etwas von den monarchistischen Mitgliedern der »Industrieoligarchie«. Sota war spätestens seit jenem Zeitpunkt kein typischer Vertreter des nationalistischen Bürgertums mehr, sondern als einer der ganz wenigen Großindustriellen in der Gefolgschaft Sabino Aranas und seiner Nachfolger eher eine Ausnahme.⁸⁸

3. Eine weitere Parallele zur katalanischen Debatte liegt in der Tendenz der neueren Forschung zum baskischen Nationalismus, die Klassen und Schichten transzendierende Dynamik der nationalistischen Ideologie hervorzuheben, die potenziell in der Lage war, von der Arbeiter- und Bauernschaft bis hin zur Bourgeoisie alle gesellschaftlichen Sektoren zu mobilisieren. Die Gründung der nationalistischen Gewerkschaft *Eusko Langileen Alkartasuna* – *Solidaridad de Obreros Vascos* (ELA-SOV), die bezüglich ihrer Mitgliederzahlen in der Republik mit der sozialistischen *Unión General de Trabajadores* (UGT) gleich zog, ist ein deutlicher Beleg dafür, dass die Arbeiter – entgegen dem bekannten Statement im Kommunistischen Manifest – eben doch ein Vaterland haben.⁸⁹

88 Ludger Mees, *Entre nación y clase. El nacionalismo vasco y su base social en perspectiva comparativa*, Bilbao 1991; Emiliano Fernández de Pinedo, *Las dudosas bases económicas del primer nacionalismo vasco en el último cuarto del siglo XIX*, in: Cuadernos de Alzate 2, 1985, S. 18–26. Eine neuere, wirtschaftsgeschichtlich orientierte Biografie des nationalistischen Industriellen Ramón de la Sota y Llano ist vorgelegt worden von Eugenio Torres Villanueva, *Ramón de la Sota, 1857–1936. Un empresario vasco*, Madrid 1998.

89 Ignacio Olábarri, *Relaciones laborales en Vizcaya (1890–1936)*, Durango 1978, insb. S. 131–165; Margarita Otaegui, *Organización obrera y nacionalismo. Solidaridad de Obreros Vascos*

Seit dem Übergang zur Massenbewegung in den Jahren 1917/18 war der baskische Nationalismus eine klassenübergreifende soziale Bewegung, die außer den eingewanderten Arbeitern und (mit wenigen Ausnahmen) der Großbourgeoisie alle städtischen und ländlichen Schichten der Gesellschaft umfasste.⁹⁰ Sein soziales Rückgrat bildeten die städtischen neuen Mittelschichten. In den vom Modernisierungsprozess vor 1937 kaum berührten agrarischen Gebieten blieb er schwach, vor allem in den Provinzen Alava und Navarra, wo zudem die baskische, kulturell-sprachliche Tradition weniger ausgeprägt war als in den Küstenprovinzen. Im Vergleich zu Katalonien, wo es praktisch immer mehrere politische Parteien gab, die sich als katalanistisch verstanden, fällt im Baskenland die relative organisatorische Geschlossenheit des Nationalismus auf. Der PNV war (und ist bis heute) die dominante und im nationalistischen Lager unangefochten führende Partei. Das erklärt sich einerseits durch die starke Radikalisierung und Polarisierung der baskischen Gesellschaft in einen nationalistischen und einen antinationalistischen (bzw. spanisch-nationalistischen) Block. Heterodoxe Dissidenten, die versuchten, die nationalistische Bewegung nach links zu öffnen und zugänglicher für liberales, republikanisches oder gar sozialistisches Gedankengut zu machen, scheiterten, da sie in den eigenen Reihen als Außenseiter abgelehnt wurden und auch im anderen Lager auf keinen Zuspruch stießen.⁹¹ Auch die baskischen Arbeiter, die ihre kulturelle Identität nicht aufgeben wollten, konnten in den radikal antinationalistischen (oft aber auch spanisch-nationalistischen) sozialistischen Organisationen keine Heimat finden. Sie organisierten sich in der nationalistischen Gewerkschaft und stimmten in den Wahlen für den PNV, ebenso wie viele kleinere und mittlere Unternehmer. Dass dieses Interessengemisch innerhalb der Bewegung besonders in Zeiten sozialer Krise und starker Arbeitskonflikte zu Spannungen innerhalb der Bewegung führen musste, war abzusehen. So ist etwa die Parteispaltung von 1921 nicht ausschließlich, aber auch als eine Folge dieser Spannungen und der Unzufriedenheit der nationalistischen Unterschichten mit der bürgerlich beeinflussten, konservativen Parteiführung gedeutet worden.⁹² Die organisatorische Ge-

(1911–1923), in: *Estudios de Historia Social* 18–19, S. 7–83; *Ludger Mees*, *Nacionalismo vasco, movimiento obrero y cuestión social (1903–1923)*, Bilbao 1992, S. 139–184; *ders.*, *Nationalismus und Arbeiterbewegung im spanischen Baskenland zwischen 1876 und 1923*, in: *GG* 20, 1994, S. 364–384; *ders.*, *Arbeiter oder Patrioten? Zur Geschichte der baskischen Gewerkschaft »Eusko Langileen Alkartasuna – Solidaridad de Trabajadores Vascos«*, in: 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* 4, 1994, S. 34–49; *ders.*, *Social Solidarity and National Identity in the Basque Country: The Case of the Nationalist Trade Union ELA/STV*, in: *Patrick Pasture/Johan Verberckmoes* (Hrsg.), S. 43–81.

90 *Santiago de Pablo/Ludger Mees*, *Historia social del nacionalismo vasco (1876–1937). Teoría y práctica de un movimiento social interclasista*, in: *Justo G. Beramendi/Ramón Maiz/Xosé M. Núñez* (Hrsg.), *Nationalism in Europe. Past and Present*, Bd. 2, Santiago de Compostela 1994, S. 247–274; *Ludger Mees*, *Zwischen Euphorie und Depression. Der baskische Nationalismus 1917 bis 1953*, in: *Heiner Timmermann* (Hrsg.), *Nationalbewegung und Nationalismus in Europa von 1945 bis 1995*, Berlin 1999, S. 477–501.

91 *Ludger Mees*, *La izquierda imposible. El fracaso del nacionalismo republicano vasco entre 1910 y 1913*, in: *Historia Contemporánea* 2, 1989, S. 249–266; *José Luis de la Granja*, *Nacionalismo y II República en el País Vasco. Estatutos de autonomía, partidos y elecciones. Historia de Acción Nacionalista Vasca: 1930–1936*, Madrid 1986; *ders.*, *O nacionalismo vasco heterodoxo no século XX*, in: *Grial* 138, 1998, S. 295–311. Die vielleicht wichtigste Ausnahme war der Sozialismus in der guipuzcoanischen Stadt Eibar, dem Zentrum der Waffenindustrie. Hier gab es kaum Einwanderung, und die sozialistischen Organisationen behielten und pflegten ihre baskischen Traditionen, hielten viele ihrer öffentlichen Versammlungen und Wahlveranstaltungen auf Baskisch ab, feierten baskische Feste, nahmen aktiv oder passiv an baskischen Sportveranstaltungen teil (Pelota-Ballsport) und gingen sonntags sogar oft zur Messe. Vgl. dazu die Memoiren des sozialistischen Arbeiterführers *Toribio Echevarria*, *Viaje por el país de los recuerdos*, Caracas 1968.

92 *Mees*, *Nacionalismo*, S. 308–338.

schlossenheit war aber andererseits auch eine Konsequenz der im Vergleich mit dem Katalanismus relativen Schwäche des baskischen Nationalismus, der bei den Wahlen mit wenigen Ausnahmen (1917/18; 1933) nie über einen durchschnittlichen Stimmenanteil von 30 % hinauskam und von seinem Ziel, Sprachrohr der gesamten baskischen Gesellschaft zu sein, weit entfernt blieb. Jede potenzielle Spaltung wurde so zum Damoklesschwert, das die Gefahr der politischen Bedeutungslosigkeit heraufbeschwor. Im Gegensatz zu Katalonien konnte sich im Baskenland kein organisatorisch getrennter »bürgerlicher« und »populärer« Nationalismus entwickeln, genauso wenig wie »baskistische« Themen oder Symbole von nicht-nationalistischen Organisationen aufgegriffen wurden. Mit nur wenigen Ausnahmen gab es im Baskenland vor 1937 keine Ansätze eines kulturell orientierten, nicht-nationalistischen, populären »Baskismus«.⁹³

4. Mit dieser Abkehr von zu einseitig klassenspezifisch orientierten Analysemodellen haben kulturgeschichtlich inspirierte Ansätze an Boden gewonnen. In diesem Zusammenhang ist vor allem der Charakter der nationalistischen Bewegung als identitätsstiftendes, kompaktes und über ein breites Netz kultureller Vereine und anderer Organisationen abgestütztes Sozialmilieu hervorgehoben worden.⁹⁴ Nationalist wurde man nicht nur als Mitglied oder Wähler der Partei, sondern auch durch den Besuch der zahlreichen Vereinslokale (»Batzokiak«)⁹⁵ oder über die Mitgliedschaft oder Teilnahme an den verschiedensten Kultur- und Freizeitaktivitäten, die sich von den Jugendorganisationen⁹⁶, über die Bergsteigerbewegung⁹⁷, Interessenorganisationen von Arbeitern, Angestellten, Bauern und Fischern, Theater- oder Volkstanzgruppen, Sprachkurse, bis hin zur nationalistischen Frauenorganisation⁹⁸ erstreckten. Ein einflussreiches Pressewesen, das seit 1913 auch eine – später mehrere – eigene Tageszeitung(en) veröffentlichte, sorgte für die gruppeninterne Kommunikation und den reibungslosen Informationsfluss zwischen Führung und Basis. Der baskische Nationalismus grenzte sich bewusst von der traditionellen und aufgrund von Korruption und Wahlfälschung schlecht angesehenen Parteipolitik ab und stellte sich als eine »Gemeinschaft« dar, die die gesamte Nation repräsentierte und auch die nicht-politischen Bereiche der menschlichen Existenz ansprach. Die Änderung des Parteinamens von »Partido Nacionalista Vasco« in »Comunión Nacionalista Vasca« im Jahr 1913 sollte dieses Image verstärken.⁹⁹ Die effizienten Organisationsstrukturen waren eine andere, wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Mobilisierung.¹⁰⁰ Der Nationalismus, ebenso wie der Sozialismus, förderte im Baskenland die Einbeziehung der Massen in die Politik, die im 20. Jahrhundert nicht mehr länger ausschließlich über die traditionellen Notablenparteien abgewickelt werden konnte. In die-

93 Vgl. Anm. 91.

94 Mees, *Nacionalismo*, S. 59–87; *De Pablo/Mees; José Luis de la Granja*, Un modelo de partido-comunidad en el siglo XX: El Partido Nacionalista Vasco, in: *Ders.*, *El nacionalismo vasco: Un siglo de historia*, Madrid 1995, S. 145–169.

95 *Iñigo Camino*, *Batzokis de Bizkaia*. Margen izquierda – Encartaciones, Bilbao 1987; *ders.*, *Batzokis de Bizkaia*. Bilbao, Bilbao 1988.

96 *Iñigo Camino/Luis Guezala*, *Juventud y nacionalismo vasco*. Bilbao (1901–1937), Bilbao 1991.

97 *José Luis de la Granja*, Los mendigoizales nacionalistas: de propagandistas sabinianos a gudarri en la Guerra Civil, in: *Francisco Rodríguez del Coro* (Hrsg.), *Los ejércitos*, Vitoria-Gasteiz 1994, S. 295–314.

98 *Mercedes Ugalde*, *Mujeres y nacionalismo vasco: génesis y desarrollo de Emakume Abertzale Batza (1906–1936)*, Bilbao 1993.

99 Nach der Wiedervereinigung der 1921 gespaltenen Partei im Jahr 1930 kam man auf die ursprüngliche Bezeichnung als »Partido Nacionalista Vasco« zurück.

100 Das ist zuletzt am besten für den Fall der Fischerstadt Bermeo nachgewiesen worden. Vgl. *Anders Delgado*, *Bermeo en el siglo XX: política y conflicto en un municipio pesquero vizcaíno (1912–1955)*, Bermeo 1998; *ders.*, *Transformación del comportamiento político en el País Vasco. Nacionalismo y política en Bermeo (Bizkaia), 1898–1936*, unveröffentlichtes Ms.

sem Sinne hatte der Nationalismus hier eine modernisierende und demokratisierende Funktion, was in einem gewissen Widerspruch zu seiner traditionalistischen und ethnozentristischen, die nicht-baskischen Zuwanderer ausgrenzenden Ideologie stand.¹⁰¹

4.3 Galicien

Zu den »historischen« peripheren Nationalismen im spanischen Staat zählt neben dem Katalanismus und dem baskischen Nationalismus auch die galicische Nationalbewegung. Alle drei Bewegungen gelten als »historisch«, da in allen drei Fällen eine klar abgegrenzte ethno-kulturelle Tradition mit einer eigenen Sprache die Grundlage der nationalistischen Programme bildete. In der postfranquistischen *Transition* kam als weiteres Kriterium die Tatsache hinzu, dass in allen drei Gebieten vor dem Beginn der Diktatur Referenden organisiert worden waren, in denen sich die Wahlberechtigten mehrheitlich für die Regionalautonomie entschieden hatten, deren Institutionen dann zumindest auch in Katalonien (ab 1932) und im Baskenland (1936–1937) aufgebaut wurden.¹⁰² Die Entstehungsbedingungen des galicischen Nationalismus unterschieden sich jedoch in zweierlei Hinsicht deutlich vom katalanischen und vom baskischen Fall. Erstens einmal hatte Galicien trotz der eigenständigen kulturellen Tradition keine Selbstverwaltungsinstitutionen innerhalb des Kastilischen Königreichs besessen. Beramendi und Núñez Seixas haben mit Recht darauf hingewiesen, dass dieses Defizit sich für die Entwicklung der Nationalbewegung in doppelter Weise hemmend auswirkte, da weder eine politische Elite ausgebildet wurde, deren Schicksal mit dem Fortbestand der Selbstverwaltung verbunden war, noch eine im historischen Bewusstsein der Bevölkerung latent vorhandene Erinnerung an die Zeiten der »Freiheit« existierte, die von den Nationalisten symbolisch erhöht und politisch mobilisiert hätte werden können.¹⁰³ Das zweite, wichtige Differenzierungsmerkmal Galiciens im Vergleich mit den beiden anderen peripheren Nationalbewegungen ist sozioökonomischer Art und bezieht sich auf die relative Rückständigkeit der Region, die abgesehen von wenigen industriellen Enklaven vor dem Bürgerkrieg wesentlich agrarisch geprägt blieb. Ein Großteil der Bevölkerung blieb über das Pachtsystem des »foro« vom ländlichen niederen Adel (»fidalguía«) abhängig. Nach der allmählichen Transformation der Pachtgüter in bäuerlichen Kleinbesitz im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts verbesserte sich die Situation der Kleinbauern nicht wesentlich, da der geringe Umfang ihrer Parzellen kaum mehr als Subsistenzwirtschaft zuließ und die Abhängigkeit von der Agrarelite *de facto* über das breit gestrickte klientelistische Netz des *caciquismo* perpetuiert wurde. Ein massiver Exodus der überschüssigen Landbevölkerung nach Amerika war eine der deutlichsten Folgen dieser Problematik.¹⁰⁴

Es erstaunt daher nicht, dass die galicische Nationalbewegung sich wesentlich später und schwächer entwickelte als ihr katalanischer und baskischer Vorläufer. Erst in der

101 Vgl. Luis Castells, *El nacionalismo vasco (1890–1923): ¿una ideología modernizadora?*, in: Ayer 28, 1997, S. 127–162.

102 Diese Tatsache ermöglichte den drei Regionen in der Transition einen verfassungsrechtlich abgesicherten »schnellen« Zugang zur Autonomie im neuen demokratischen System. Vgl. dazu Peter A. Kraus, *Nationalismus und Demokratie. Politik im spanischen Staat der Autonomen Gemeinschaften*, Wiesbaden 1996.

103 Justo G. Beramendi/Xosé M. Núñez Seixas, *Nacionalismo gallego y sociedad: una interpretación general (1840–1994)*, in: *Spagna Contemporanea* 1995, 7, S. 7–38, hier: S. 10 f. Die im Ancien Régime existierenden »Juntas del Reino de Galicia« hatten lediglich konsultativen Charakter.

104 J. de Juana/X. Castro (Hrsg.), *V Xornadas de Historia de Galicia. Galicia y América. El papel de la emigración*, Ourense 1990; Xoán Carmona, *El atraso industrial de Galicia*, Barcelona 1990; Ramón Villares, *La propiedad de la tierra en Galicia, 1500–1936*, Madrid 1982.

II. Republik gelang ihr der Durchbruch von einem Minderheitenphänomen zu einer soziopolitischen Massenbewegung. Kürzlich ist selbst in Bezug auf die Forschung zum galicischen Nationalismus der »thematische Anachronismus« konstatiert worden, der sich aus der vor 1931 relativ geringen Bedeutung des *Galeguismo* und seiner überproportional gut erforschten Geschichte ergibt.¹⁰⁵ Dies ist allerdings nur eine Seite der Medaille, denn die neuere Forschung über den *Galeguismo* hat neben diesem späten Durchbruch zur Massenbewegung gleichzeitig auch die frühen Ursprünge und Vorläufer der Bewegung herausgearbeitet, deren erste Ansätze sich zeitlich ebenfalls bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen lassen. Nach dem von Beramendi und Núñez vorgelegten Periodisierungsschema, das heutzutage in der Geschichtsschreibung zum galicischen Nationalismus weitgehend Konsens ist, begann die Entwicklung des *Galeguismo* als *Provincialismo* in den 1840er Jahren.¹⁰⁶ Es handelte sich dabei um eine mit dem progressiven Liberalismus verbundene Strömung, die über die Forderung der Wiederherstellung der territorialen Einheit der alten Verwaltungsprovinz Galicien¹⁰⁷ eine Regionalisierung, und damit auch die Demokratisierung des von den konservativen Liberalen (»Moderados«) geführten Nationalstaates propagierte. Für die *Provincialistas*, zu denen sich später auch einige föderalistische Republikaner gesellten, blieb die Nation Spanien der eindeutige Bezugspunkt. Galicien wurde noch nicht als differenzierte Nation betrachtet, sondern als ein historisch besonderer Teil derselben, der ein Recht auf die Erhaltung seiner kulturellen Tradition durch die Gewährung einer gewissen administrativen Selbstverwaltung habe. Die *Provincialistas* blieben also spanische Nationalisten, trugen aber durch ihre Beiträge zur Wiederbelebung der galicischen Sprache, Literatur und Geschichte wesentlich zur für die spätere Entwicklung des Nationalismus auch in den anderen genannten Fällen so wichtigen »Kulturrenaissance« (»Rexurdimento«, 1850er und 1860er Jahre) bei. Zu erwähnen wäre hier besonders Manuel Murguía, der in seiner Einleitung seiner »Geschichte Galiciens« (1865–1891) als erster eine »kohärente theoretische Basis des Provinzialismus« ausarbeitete und damit den »ideologischen Grundstein des politischen Galeguismo« legte.¹⁰⁸ Das Werk Murguías ist geprägt von einem latenten, nicht expliziten inneren Widerspruch. Auf der einen Seite vertritt der Autor eine primordialistische Konzeption Galiciens als einer rassistisch (keltisch) geprägten organischen Einheit, einer historischen Nation und einem Volksgeist, die alle Herausforderungen der Geschichte überlebt haben. Auf der anderen Seite lässt er jedoch keinen Zweifel an seiner Loyalität zu Spanien als politischer Nation, die nicht in Frage gestellt wird und auch Galicien umfasst. Erst in den späteren Entwicklungsphasen des galicischen Nationalismus wird dieser Widerspruch, auch für Murguía selbst, zum Problem. Festzuhalten bleibt, dass, wie auch dieses Beispiel des wohl prominentesten Autors des *Rexurdimento* zeigt, ähnlich wie im Baskenland die »Phase A« des Hrochschen Stufenmodells auch in Galicien nicht nur kulturell, sondern von Beginn an vor allem durch ihre Bindung an den progressiven, später auch republikanischen Liberalismus eindeutig politisch war. Der gegenwärtige Kenntnisstand zur sozialen Basis dieses galicischen Protonationalismus stimmt aber wiederum vollkommen mit den Thesen des tschechischen Historikers überein. Bei den *Provincialistas* handelte es sich im Wesentlichen

105 Justo G. Beramendi, La historiografía gallega, in: José Luis de la Granja/Alberto Reich/Ricardo Miralles (Hrsg.), Tuñón de Lara y la historiografía española, Madrid 1999, S. 305–316.

106 Justo G. Beramendi/Xosé M. Núñez Seixas, O nacionalismo galego, Vigo 2019. Diese Studie ist die beste und neueste Synthese zur Entwicklung des galicischen Nationalismus bis in die Gegenwart. Zu den Ursprüngen vgl. auch X. R. Barreiro Fernández, El levantamiento de 1846 y el nacimiento del galleguismo, Santiago de Compostela 1977.

107 Die liberale Verwaltungsreform hatte Galicien 1833 in vier Provinzen aufgeteilt.

108 Justo G. Beramendi, Manuel Murguía, A Coruña 1998, hier insb. S. 20.

um Intellektuelle, Freiberufler, Gelehrte und Universitätsstudenten. »Die Beteiligung des Bürgertums war jedoch sehr gering.«¹⁰⁹

In der zweiten Entwicklungsphase, der in den 1880er Jahren einsetzenden Phase des »Regionalismus«, entwickelten Murguía und andere Theoretiker (besonders der Konservative Alfredo Brañas) ihre Vorstellung von Galicien konsequent weiter und sprachen zum ersten Mal offen von einer »Nationalität« mit einer eigenen Tradition und folglich einem gerechtfertigten Anspruch auf Aufrechterhaltung dieses Partikularismus. Während der regionalistischen Phase erweiterte sich das ideologische Spektrum des galicischen Protonationalismus, der nun nicht mehr nur linke Außenseiter der Restaurationsmonarchie, sondern auch traditionalistische, nicht zum konservativ-liberalen Machtkartell zählende Sektoren umfasste. Mit dieser Verbreiterung des ideologischen Spektrums gingen die ersten Versuche einher, eigenständige regionalistische Organisationen aufzubauen, allen voran die 1907 nach katalanischem Vorbild (zusammen mit Republikanern und Karlisten) gegründete Wahlkoalition *Solidaridad Gallega*, die aber, ebenso wie andere Gruppierungen, politisch erfolglos blieb. Ramón Máiz hat das auf die »sehr eingeschränkten, strukturellen Rahmenbedingungen« zurückgeführt (Schwäche der regionalen Bourgeoisie; Prädominanz des Agrarproblems; Solidität des monarchistischen Herrschaftsmodells innerhalb der galicischen Gesellschaft; interne Gegensätze der verschiedenen regionalistischen Strömungen; Fehlen einer integrativen, charismatischen Führerpersönlichkeit).¹¹⁰ Trotz der politischen Erfolglosigkeit und der Unfähigkeit, mit der Erweiterung der ideologischen Basis des galicischen Regionalismus auch andere, über die städtische Intelligenz hinausgehende soziale Sektoren der Gesellschaft in die Bewegung zu integrieren, deuten die ersten Kontakte zwischen Regionalisten und Bauernvereinen, aber auch die zunehmende Dynamik der lateinamerikanischen patriotischen Vereine¹¹¹ darauf hin, dass sich innerhalb der nationalistischen Bewegung Galiciens wichtige Veränderungen ankündigten.

Ebenso wie 1898 in Katalonien und dem Baskenland, bedurfte es auch in Galicien einer Staatskrise, um diesen Veränderungen zum Durchbruch zu verhelfen. Diese Funktion erfüllte die schwere soziale und politische Krise der Restaurationsmonarchie, die sich 1917 im revolutionären Generalstreik, in der oppositionellen Parlamentarierversammlung und bei den aufbegehrenden Offizieren der Armee entlud.¹¹² Es entstand eine neue Kontextstruktur, die nun den Übergang vom Regionalismus (bzw. Protonationalismus) zum Nationalismus ermöglichte und zum ersten Mal die Weichen für ein »Zusammentreffen von Galegismus und Gesellschaft« stellte.¹¹³ Entscheidend dafür waren nicht nur die erwähnte Staatskrise, sondern auch Faktoren wie die neue Aktualität der Nationalitätenfrage im Ersten Weltkrieg, die Vorbildfunktion des politisch schon erfolgreichen Katalanismus oder Baskismus, aber auch der Auftritt einer neuen Generation publikumswirksamer Politiker innerhalb der galicischen Nationalbewegung (Vicente Risco; Ramón Villar Ponte; später: Alfonso R. Castelao).¹¹⁴ Die sich seit 1916 ausbrei-

109 Xosé M. Núñez Seixas, Die galicische Nationalbewegung (1840–1939): ein historischer Überblick, in: Lusorama. Zeitschrift für Lusitanistik 30, 1996, S. 91–110, hier: S. 97.

110 Ramón Máiz, O rexionalismo galego: Organización e ideoloxía (1886–1907), A Coruña 1984, hier insb. S. 206–212.

111 Xosé M. Núñez Seixas, O galeguismo en América, 1879–1936, A Coruña 1992.

112 Zur dreifachen Staatskrise von 1917 vgl. immer noch Juan Antonio Lacomba, La crisis española de 1917, Madrid 1970. Zum breiteren Kontext vgl. José Luis García Delgado (Hrsg.), La crisis de la Restauración. España, entre la primera guerra mundial y la II República, Madrid 1986.

113 Justo G. Beramendi, Breogán en Numancia. Sobre los orígenes y peculiaridades del galleguismo decimonónico, in: Pere Anguera u.a., S. 81–119, hier: S. 112.

114 Justo G. Beramendi, Vicente Risco no nacionalismo galego, 2 Bde., Santiago de Compostela 1981; ders., Obra política de Ramón Villar Ponte, A Coruña 1991; ders., Estructura e evolución

tende Bewegung der *Irmandades da Fala* (»Sprachbruderschaften«) gab sich auf ihrem ersten Kongress von 1918 eine eindeutig nationalistische Definition und vertrat das galicische Recht auf Selbstbestimmung innerhalb eines iberischen Bundesstaates, in dem auch Raum für Portugal sein sollte. Kurz vor dem Staatsstreich des Generals Primo de Rivera gründeten die *Irmandades* zusammen mit baskischen und katalanischen Nationalisten in Barcelona das Aktionsbündnis der *Triple Alianza*.¹¹⁵ Zwar konnten erneute interne Auseinandersetzungen und die siebenjährige Diktatur die Entwicklung dieses neuen galicischen Nationalismus noch einmal aufschieben. In der Zweiten Republik kam es aber dann zum schon erwähnten politischen Durchbruch, dessen wichtigste Reflexe im Dezember 1931 die Gründung des *Partido Galeguista*, die ersten Wahlerfolge und der erfolgreiche Kampf für das Autonomiestatut waren. Der galicische Nationalismus der II. Republik übernahm den schon von Murguía formulierten objektivistischen Nationsbegriff, verband ihn aber mit einem demokratischen und reformistischen Mitte-Links-Diskurs, in dem zum ersten Mal auch die Probleme von Bauern und Arbeitern berücksichtigt wurden.¹¹⁶ Mit einem regional allerdings noch sehr unterschiedlichen Stimmenanteil, der zwischen 13 (1933) und 36 % (1931) der abgegebenen Stimmen oszillierte, entwickelte sich der galicische Nationalismus tendenziell zu einer klassenübergreifenden Massenbewegung, die ähnlich wie der baskische oder katalanische Nationalismus über zahlreiche Vereine des Kultur- und Freizeitbereichs seine innere Kohäsion als *nationale Gemeinschaft* erhielt. Der *Galeguismo* der 1930er Jahre war besonders unter den städtischen Mittelschichten verankert, wo er mit anderen republikanischen Parteien um das gleiche Wählerreservoir kämpfte. Auch die Jahre vorher begonnene Agitation unter der Bauernschaft zeitigte nun deutlichere Erfolge, da die früher mächtige Bauernbewegung nach dem Erreichen des wichtigsten Ziels (Abschaffung des Foro-Pachtsystems) in eine Krise geraten war. Die stärker sozialistisch oder auch anarchosyndikalistisch orientierte Arbeiterschaft blieb mit wenigen Ausnahmen dem galicischen Nationalismus fern. Eine der baskischen ELA ähnliche nationalistische Gewerkschaft gab es in Galicien vor 1939 nicht. Trotz des klassenübergreifenden Populismus richtete sich das politische Projekt des Partido Galeguista »an die agrarischen Kleinbesitzer, die Fischer und die städtischen Mittelklassen, viel weniger aber an die Arbeiterklasse«.¹¹⁷

5. NATIONALISMUS UND GEWALT

Nach seinem Sieg im dreijährigen Bürgerkrieg übernahm Franco die Führung eines Nationalstaats, der stärker gespalten war als je zuvor. Zu der schon historischen Trennlinie zwischen spanischem und peripherem Nationalismus kam nun der Gegensatz zwischen Siegern und Besiegten im Bürgerkrieg. Da alle drei peripheren Nationalbewegungen auf der Seite der Besiegten standen und Opfer von Repression und Exil wurden, verschärfte sich der Gegensatz zwischen Nationalstaat und den alternativen Nationalismen der Ka-

da ideoloxia politica de Castelao, in: *Ders./Ramón Villares* (Hrsg.), *Actas Congreso Castela*, 2 Bde., Santiago de Compostela 1989, S. 189–223; *Ramón Máiz*, *Volksgeist versus raza: O concepto de nación en Castelao*, ebd., S. 237–279; *José Antonio Durán*, *Castelao. 1886–1950*, Madrid 1986.

115 *Xosé Estévez*, *De la Triple Alianza al Pacto de San Sebastián, 1923–1930. Orígenes de GALEUZKA*, San Sebastián 1991.

116 *Xabier Castro*, *O galeguismo na encrucillada republicana*, 2 Bde., Ourense 1985; *Justo G. Beramendi*, *El Partido Galleguista y poco más: Organización e ideologías del nacionalismo gallego durante la II República y la Guerra Civil*, in: *Ders./Ramón Máiz* (Hrsg.), *Los nacionalismos en la España de la II República*, Madrid 1991, S. 126–170.

117 *Núñez*, *Nationalbewegung*, S. 105.

talanen, Basken und Galizier noch wesentlich mehr. Die spanische Sonderentwicklung beim Aufbau und bei der Konsolidierung des modernen Nationalstaats wurde nach 1939 nicht korrigiert, sondern akzentuiert. Der auffallendste und wohl auch dramatischste Beleg dafür war die Tatsache, dass sich seit den 1960er Jahren die peripher-nationalistische Opposition nicht nur gegen das Regime, sondern gegen den spanischen Staat als solchen, in einem der drei Fälle auch gewaltsam zu äußern begann. Diese Entwicklung lief eindeutig quer zu der von Ted Gurr beobachteten Tendenz ethnopolitischer Konflikte in der westlichen Gesellschaft nach 1945.¹¹⁸ Die 1959 entstandene baskische Untergrundorganisation Euskadi 'ta Askatasuna (ETA) unterschied sich, ähnlich wie die irische IRA, von anderen europäischen Terrorgruppen im Wesentlichen in zweierlei Hinsicht.¹¹⁹ Erstens handelte es sich im baskischen Fall um politische Gewalt, die in ihren Ursprüngen eindeutig, aber auch in der späteren Entwicklung immer stärker nationalistisch als linksradikal begründet wurde. Alle Abspaltungen der Organisation, die das Ziel der sozialistischen Revolution, und damit die Strategie des politischen Kampfes, vor das der nationalen Befreiung und den bewaffneten Kampf setzten, endeten in der politischen Marginalität. Zweitens konnte die ETA seit ihrem Entstehen auf ein breit gespanntes Sympathisantenumfeld zurückgreifen, das zumindest im Franquismus selbst nicht nationalistische Anti-Franquisten umfasste. Im Gegensatz etwa zur Baader-Meinhof-Gruppe oder auch zu den Roten Brigaden war ETA keine Erfindung linksradikaler, stark von der 1968er Bewegung beeinflusster Sektierer, sondern der bewaffnete Arm einer historisch gewachsenen sozialen Bewegung, deren Mitglieder zwar mehrheitlich aus ethischen Gründen die Terroraktionen ablehnen mochten, diese allerdings rational als einziges, sogar legitimes Mittel der Selbstverteidigung einer von der Zentralmacht unterdrückten kleinen Nation rechtfertigten.

Warum äußerte sich dieser Protest nur im Baskenland, nicht aber in Katalonien oder Galicien gewaltsam? Auch dort gab es Nationalbewegungen, die vom Regime unterdrückt wurden. Auch dort wäre sozialer Rückhalt für gewaltsamen Widerstand zu erwarten gewesen. Die genannte Frage kann auf der Basis des heutigen Forschungsstandes noch nicht stringent beantwortet werden. Das liegt vor allem daran, dass nur wenige spanische Historiker und Sozialwissenschaftler über ihr jeweiliges Spezialgebiet hinausreichende komparative Fragestellungen in ihre Arbeit integrieren. Es ist daher auch kaum verwunderlich, dass einer der wenigen Versuche, diese Forschungslücke zu schließen, vom deutschen Soziologen Peter Waldmann stammt. Waldmann hat sich in mehreren Veröffentlichungen mit den Ursachen des ETA-Terrorismus beschäftigt. Seine methodologisch wohl interessanteste Arbeit erschien 1989 mit dem Titel »Ethnischer Ra-

118 »Since 1945, nonviolent political action has been far more common among minorities in western societies, including Latin America, than violent ethnopolitical protest and rebellion.« Vgl. *Ted Robert Gurr*, *Minorities at Risk. A Global View of Ethnopolitical Conflicts*, Washington 1993, S. 318.

119 Zur Geschichte der ETA vgl. *José María Garmendia*, *Historia de ETA*, San Sebastián ²1995; *John Sullivan*, *ETA and the Basque Nationalism: The Fight for Euskadi 1890–1986*, London 1988; *Pedro Ibarra*, *La evolución estratégica de ETA. De la guerra revolucionaria (1963) a la negociación (1987)*, San Sebastián 1989; *Peter Waldmann*, *Militanter Nationalismus im Baskenland*, Frankfurt/M. 1990; mit vielen Daten, aber einem stark radikalnationalistischen Bias vgl. auch *Francisco Letamendia*, *Historia del nacionalismo vasco y de ETA*, 3 Bde., San Sebastián 1994. Die neueste Studie zur ETA ist die von *Antonio Elorza* (Hrsg.), *La historia de ETA*, Madrid 2000. Zur Terrorismus-Diskussion insgesamt vgl. *Peter Waldmann*, *Terrorismus. Provokation der Macht*, München 1998; *Bruce Hoffmann*, *Terrorismus – der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt*, Frankfurt/M. 1999. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Terrorismus-Begriff unter Verweis auf seine politische Instrumentalisierbarkeit und inhaltliche Unschärfe findet sich bei *Joseba Zulaika/William A. Douglass*, *Terror and Taboo: The Follies, Fables and Faces of Terrorism*, New York 1996.

dikalismus«.¹²⁰ Der Autor stellt die Frage nach den Gründen ethnisch begründeter politischer Gewalt und benutzt die Fälle des Baskenlandes, Nordirlands und Quebecs, stellenweise auch Kataloniens, als empirische Forschungsobjekte, an denen gezeigt werden soll, warum sich nationalistische Bewegungen in einigen Fällen gewaltsam äußern, in anderen aber bei anderen Formen des Protests bleiben. Seine zentrale These ist die Erklärung der ethnischen Gewaltsamkeit als Folge einer spezifischen Klassenstruktur der nationalen Bewegung. In Anlehnung an verschiedene Arbeiten zur »Theorie der Unterschichtgewalt« gelangt Waldmann zur Schlussfolgerung, dass eine gewaltsame Ausuferung des ethnischen Protestes in den Fällen wahrscheinlich ist, in denen das Überleben der Ethnie in Frage gestellt ist und, angesichts dieser Bedrohung, die Kontrolle der nationalen Bewegung den bürgerlichen Schichten entgleitet und von Mitgliedern der Unterschichten übernommen wird. Das sei sowohl in Nordirland als auch im Baskenland der Fall gewesen. Zur empirischen Abstützung seiner These verweist Waldmann auf ein von ihm selbst und von Clark¹²¹ ausgearbeitetes Sample von ETA-Gefangenen, unter denen er eine auffallend hohe Repräsentanz von Angehörigen der Unterschichten feststellt. Waldmanns Interpretation dieser Daten war äußerst gewagt, da ihm nur für 18 % aller im Sample zusammengefassten Fälle Informationen zur sozialen Herkunft dieser insgesamt nur 81 ETA-Gefangenen vorlagen. Neuere, empirisch wesentlich solidere Studien scheinen aber Waldmanns Thesen zu bestätigen.¹²²

Dieser Erklärungsansatz bedarf weiterer, auch kontrafaktischer Überprüfung. Eines seiner Hauptprobleme besteht nicht nur in der Frage, wie die These der Unterschichtendominanz innerhalb der nationalistischen Bewegung im Baskenland empirisch besser abgesichert werden könnte, sondern vor allem auch in der Schwierigkeit, neben den Symptomen (Sozialstruktur der ETA-Gefangenen) auch die Ursachen dieser behaupteten Machtkonstellation innerhalb der Nationalbewegung aufzudecken. Zu fragen wäre also, warum nur im Baskenland die Kontrolle der Bewegung von den bürgerlichen Schichten zu den Unterschichten übergang, und warum sich dieser Prozess nicht auch in Katalonien und in Galicien vollzog. Hiermit begeben wir uns auf ein noch weitgehend unerforschtes Terrain, weshalb im Folgenden nur einige Gedanken und Thesen folgen sollen, die weiterer Forschung bedürfen.

Zur Erklärung der Gewaltsamkeit eines Teils der baskisch nationalistischen Bewegung müssen sicherlich auch Faktoren hinzugezogen werden, die den im wesentlichen soziostrukturell orientierten *Approach* Waldmanns transzendieren. Anthropologen hätten z.B. zu prüfen, ob sich die Tatsache, dass die Basken im 19. Jahrhundert in sehr viel stärkerem Ausmaß in kriegerische, erfolglos endende Konflikte verstrickt waren als die Katalanen oder die Galizier, auch bei späteren Generationen mentalitätsgeschichtlich in irgend einer Form in einer stärkeren Prädisposition zur gewaltsamen Austragung von Konflikten niedergeschlagen hat. Ein anderer, entscheidender Erklärungsfaktor betrifft die Vorgeschichte des gewaltsamen Nationalismus und seiner Kontextstrukturen. Dabei dürfte die von Conversi im Vergleich zwischen baskischem und katalanischem Nationalismus herausgearbeitete These von der unterschiedlichen Stärke des »kulturellen Nationalismus« eine wichtige Rolle spielen.¹²³ Conversi, einer der wenigen Autoren, die sich

120 Peter Waldmann, *Ethnischer Radikalismus. Ursachen und Folgen gewaltsamer Minderheitenkonflikte am Beispiel des Baskenlandes, Nordirlands und Quebecs*, Opladen 1989.

121 Robert P. Clark, *The Basque Insurgents. ETA, 1952–1980*, Madison etc. 1984, insb. S. 143–146.

122 Florencio Domínguez Iribarren, *ETA: Estrategia organizativa y actuaciones 1978–1992*, Bilbao 1998, insb. S. 43–77. Domínguez stützt sich auf Informationen über zwischen 1978 und 1992 verhaftete 1.118 Ertarras.

123 Daniele Conversi, *The Basques, the Catalans and Spain. Alternative Routes to Nationalist Mobilisation*, London 1997. Ein anderer, komparativer und nicht immer überzeugender Erklärungsversuch der Unterschiede zwischen baskischem und katalanischem Nationalismus ist die

diesem Thema aus der vergleichenden Perspektive genähert haben, konstatiert die Stärke des kulturellen Nationalismus im katalanischen Fall. Dieser basierte auf dem »core value« der von der großen Mehrheit der Bevölkerung gesprochenen Regionalsprache, deren Verteidigung und Förderung auch jenseits der nationalistischen Parteien mobilisierend wirkte und konsensfähig war. Diese solide Ausgangsposition, verbunden mit der relativen Leichtigkeit, mit der auch Einwanderer das »Català« erlernen konnten, ermöglichte es den Katalanisten, offensiv und »integrationistisch« aufzutreten und über kulturelle Themen auch im Franquismus politisch mobilisierend zu wirken. Das *Euskera* im Baskenland wurde hingegen nur von einer geringen Minderheit der Bevölkerung gesprochen und von vielen baskischen Intellektuellen zudem noch als mit der Moderne unvereinbares Relikt der traditionellen Agrargesellschaft regelrecht verachtet, als Sabino Arana gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Nationalistische Partei gründete. Arana und die ersten Nationalisten griffen folglich auch nicht auf die Sprache als identitätsstiftenden, kulturellen »core value« zurück, sondern auf Rasse und Religion. Sprache erhielt keine integrierende, sondern eine ausgrenzende Funktion, was noch dadurch verstärkt wurde, dass das *Euskera* als nicht-romanische Sprache ohnehin viel schwieriger zu erlernen ist als das *Català* oder das *Galego*. Im Baskenland, im Gegensatz zu Katalonien und wohl auch Galicien, gab es also keinen zentralen Wert, der zur Artikulation eines integrativen Kultureltnationalismus zur Verfügung gestanden hätte. Die Verteidigung und Wiedergewinnung der nationalen Identität konnte also nicht über die kulturelle Schiene laufen: »The lack of a robust cultural nationalism and shared cultural elements implied that regeneration had to be carried out by other means.«¹²⁴

Die ETA-Nationalisten suchten diese »anderen Mittel« im *bewaffneten Kampf* und brachen dadurch mit der Tradition der friedlichen Mobilisierung, die trotz der genannten strukturellen Vorbedingungen seit Gründung der Bewegung auch im Baskenland vorgeherrscht hatten. Dieser qualitative Sprung war Folge eines zweiten industriekapitalistischen Modernisierungsschubes seit den 1960er Jahren, der sich – ebenso wie sein Vorgänger um die Jahrhundertwende – durch seine explosive Radikalität auszeichnete. Massive Einwanderung, Bodenspekulation und unkontrollierte Urbanisierung, Umweltzerstörung sowie die gleichzeitige Infragestellung traditioneller Werte und Sozialisationskanäle (Familie, Bauernhof, Kirche) schufen in wenigen Jahren eine Situation, die durchaus mit der Durkheimschen Kategorie der Anomie beschrieben werden kann.¹²⁵ Weder in Katalonien noch in Galicien war die Modernisierung der 1960er und 1970er Jahre derart radikal und für den Fortbestand der ethnokulturellen Identität so gefährlich wie im Baskenland. Politische Gewalt war aus dieser Sicht eine radikale Antwort auf eine ebenso radikale Herausforderung.

Die gleiche These gilt auch im Zusammenhang mit einem anderen Erklärungsfaktor, für dessen Kongruenz bislang zwar zahlreiche Indizien, aber noch kaum empirisch abgesicherte Forschungsergebnisse vorliegen. Ausgangspunkt des Argumentes ist die auch in der jüngeren »Ethnic Conflict« Forschung formulierte Hypothese:

»The more violence is used by political authorities, the greater the likelihood that challengers will respond with increased violence. However, state authorities that have used extreme force, such as massacres, torture, and genocide, to subdue challengers are also less likely to be openly challenged, either because groups cannot organize open resistance or they fear the consequences of doing so. Thus, the more extreme force is used, the less likely the chances for open rebellion. A curvilinear relation-

Studie von *Juan Díez Medrano*, *Divided Nations. Class, Politics, and Nationalism in the Basque Country and Catalonia*, London 1995.

124 Ebd., S. 263.

125 Vgl. dazu als Überblick und mit zahlreichen weiteren Literaturangaben *Ludger Mees*, *Zwischen Mobilisierung und Institutionalisierung. Der baskische Nationalismus 1953–1995*, in: *Heiner Timmermann* (Hrsg.), *Nationalismus in Europa 1945–1995*, Berlin 2000 (im Druck).

ship thus exists between state violence and the extent and level of violence of political action taken by the challengers. Clandestine movements that use terrorism and guerrilla warfare are typically responses to situations in which government authorities have used deadly force in dealing with challengers.«¹²⁶

Die franquistische Repression gegen alle Symptome des nationalen Partikularismus war im Baskenland vermutlich wesentlich intensiver und betraf direkt einen größeren Prozentsatz der Bevölkerung, als das in Katalonien und Galicien der Fall war. So hat z.B. Jáuregui auf die hohen Verhaftungsquoten und die häufig erklärten und lange andauernden Ausnahmezustände hingewiesen.¹²⁷ Rechtsextreme Killerkommandos und staatlich organisierter und finanzierter Anti-ETA-Terrorismus kamen dann in der *Transition* und selbst unter der ersten sozialistischen Regierung hinzu.¹²⁸ Vergleichende Studien zum objektiven Ausmaß und zur subjektiven Perzeption der Repression in Katalonien und in Galicien müssten die Haltbarkeit dieser Hypothese überprüfen.

Schließlich bliebe noch ein anderer Erklärungsansatz zu erwähnen, der den gewaltsamen Nationalismus als eine neue säkularisierte Form der »politischen Religion« betrachtet. Dieser vor allem von Elorza in Anlehnung an Mona Ozouf vertretene Ansatz¹²⁹ weist auf den weiter oben schon erwähnten zentralen Stellenwert der katholischen Religion im baskischen Mainstream-Nationalismus seit Sabino Arana hin. Durch die direkte Bindung des politischen Kampfes an transzendente, jenseits der gesellschaftlichen Sphäre platzierte Werte verlor der Nationalismus seine Rationalität und verwandelte sich in ein irrationales, emotional geleitetes Glaubensbekenntnis zugunsten einer quasi-religiösen Gemeinschaft, in der die Hingabe an die Nation ein nicht hinterfragter kategorischer Imperativ war. In dem Moment, in dem die Säkularisierung die katholische Kirche und Religion in eine schwere Krise versetzt, erfolgt innerhalb der nationalistischen Bewegung eine »Transferenz der Sakralität«: Das im Dienst an der Nation geleistete Blutopfer wird zum neuen säkularisierten Sakrament der Nationalisten. Die stärkere akonfessionell bis laizistische Tradition des Katalanismus, und wohl auch des *Galeguismo*, machte dort das Aufkommen eines solchen quasi religiösen, fundamentalistischen Terrorismus unmöglich.

6. EPILOG: SPANIEN ZU BEGINN DES 21. JAHRHUNDERTS: VOR DEM ENDE DES SONDERWEGS?

Der Weg Spaniens zum Aufbau und zur Konsolidierung des modernen Nationalstaats im 19. und 20. Jahrhundert wies im gesamteuropäischen Kontext einige entscheidende Sondermerkmale auf. Dazu gehörten erstens die Schwäche des spanischen Liberalismus und die damit zusammenhängenden gravierenden Defizite des spanischen »Nation-Building«; zweitens das Aufkommen alternativer Nationalismen und ihre Entwicklung zur Massenbewegung; und drittens die Genese und Perpetuierung ethnischer Gewalt als eines der Zentralprobleme des spanischen Staates sowohl in der franquistischen Diktatur als auch in der Demokratie. Wird dieser Sonderweg im 21. Jahrhundert andauern? Zwei

126 Ted Robert Gurr/Barbara Harff, *Ethnic Conflict in World Politics*, Boulder etc. 1994, S. 85.

127 Gurutz Jáuregui, *Ideología y estrategia política de ETA. Análisis de su evolución entre 1958 y 1968*, Madrid 1981.

128 Melchor Miralles/Ricardo Arques, *Amedo: El Estado contra ETA*, Barcelona ³1989; Alvaro Baeza, *GAL, crimen de Estado*, Madrid 1996; Sagrario Morán Blanco, *ETA entre España y Francia*, Madrid 1997.

129 Antonio Elorza, *La religión política. »El nacionalismo sabiniano« y otros ensayos sobre nacionalismo e integristismo*, San Sebastián 1995, insb. S. 7–17 und 29–56; Mona Ozouf, *La fête révolutionnaire, 1789–1799*, Paris 1988.

Entwicklungstendenzen der letzten Jahre könnten eine zumindest teilweise Verneinung dieser Frage nahe legen.

An erster Stelle ist dabei die Europäisierung Spaniens zu nennen, aus der der spanische Staat insgesamt gestärkt und konsolidiert hervorgegangen ist. Die von der sozialistischen Regierung unter Felipe González betriebene Integration des Landes in die Europäische Gemeinschaft hat ein wirtschaftliches Wachstum in Gang gesetzt, das die Modernisierung zahlreicher Bereiche ermöglichte und damit den Entwicklungsrückstand im Vergleich mit anderen europäischen Ländern verringert hat. Die auch durch die europäische Diskussion angeregte Regionalisierung und Dezentralisierung hat das Nationalitätenproblem zwar nicht gelöst, aber doch entschärft. Gleichzeitig hat die zunehmende Europäisierung bei den peripheren Nationalisten die Hoffnung geweckt, dank des wachsenden Bedeutungsverlustes nationalstaatlicher Instanzen neue Bewegungsfreiräume zur Durchsetzung ihrer Programme erkämpfen zu können. Wenn diese Annahme in der Tendenz auch stimmen mag, so ist doch vor voreiligen Utopien etwa nach dem Motto des »Europa der Regionen« oder gar der »Nationen« zu warnen.¹³⁰ Die Nationalstaaten werden schon aus praktischen Gründen der Organisierbarkeit Europas vorläufig nicht absterben. Außerdem braucht sich der europäische Homogenisierungsprozess nicht allein zu Lasten der Nationalstaaten auszuwirken. Er kann auch den Regionen schaden.¹³¹ Die Versuche der Europäischen Kommission vom Frühjahr 1999, die Steuerautonomie der baskischen Provinzen als unvereinbar mit europäischem Steuerrecht einzuschränken, belegen das mit einiger Deutlichkeit.

Die zweite Entwicklungstendenz besteht in der Tatsache, dass die europäische Integration und die innere Regionalisierung auch dazu beigetragen haben, dass am Ende des 20. Jahrhunderts zum ersten Mal seit der Gründung der ETA eine berechtigte Hoffnung auf eine Lösung des Gewaltproblems besteht. Die baskische Untergrundorganisation erklärte im September 1998 einen unbefristeten Waffenstillstand, womit eine der wichtigsten Bedingungen erfüllt wurde, die die Madrider Regierung und alle demokratischen Parteien vor dem Beginn jedweder Verhandlungen über eine politische Lösung des baskischen Problems gefordert hatten. Die Faktoren, die zu diesem ersten unbefristeten Waffenstillstand in der Geschichte der ETA führten (zunehmende Marginalisierung der ETA in der baskischen Gesellschaft; politischer Bedeutungsverlust der Radikalnationalisten; Mobilisierungs- und Sensibilisierungskampagnen der baskischen Friedensbewegung; Polizeierfolge; das nordirische Beispiel; die Idee der »neuen Mehrheit« durch ein Zusammengehen aller nationalistischen Parteien), sind viel komplexer, als es die interessengeleitete, in der einen oder anderen Richtung verkürzte Sichtweise vieler Politiker vermuten ließe.¹³² Obwohl die ETA im November 1999 den Waffenstillstand aufkündigte, um so gegen die Ablehnung aller politischen Verhandlungsangebote durch die spanische Regierung zu protestieren, ist die baskische Gesellschaft der Lösung des Gewalt-

130 »Das »Europa der Regionen« ist im Moment keine Realität, sondern allenfalls Programm, oft nur ein Wunschtraum«. Vgl. *Hans-Jürgen Puhle*, Staaten, Nationen und Regionen in Europa, Wien 1995, S. 66.

131 »The regions can in no way rely on the central European institutions to strengthen them in order to help them in their confrontations with their respective state. Rather they must also defend their position against Brussels«. Vgl. *Klaus-Jürgen Nagel*, The Stateless Nations of Western Europe and the Process of European Integration. The Catalan Case, in: *Beramendi/Máiz/Núñez*, II, S. 545–570, hier: S. 555; zum selben Thema vgl. auch *Gurutz Jáuregui*, Los nacionalismos minoritarios y la Unión Europea, Barcelona 1997.

132 Eine Hintergrundanalyse zum Gewaltproblem und zur Vorgeschichte des Waffenstillstands ist zu finden bei *Ludger Mees*, Nationalism, Political Violence and the Peace Process in the Basque Country, in: *John Darby/Roger Mac Ginty* (Hrsg.), Coming out of Violence. The Problems of Building Peace, London 2000 (im Druck).

problems trotz aller das Gegenteil nahe legenden Anzeichen doch einen Schritt näher gekommen: Die vierzehn Monate ohne politische Morde haben den an die ständige Präsenz des Terrors gewöhnten Basken zum ersten Mal seit der Gründung der ETA gezeigt, dass ein friedfertiges Austragen politischer Konflikte auch im Baskenland keine unerreichbare Utopie bleiben muss. Als Folge ist sowohl der Druck auf die Politiker, endlich konkrete Maßnahmen zur Konfliktlösung zu ergreifen, als auch auf die Terroristen, die Waffen niederzulegen, gestiegen. Die Brutalität der jüngsten Attentate, denen mehrere Menschen zum Opfer gefallen sind, hat bis in die Reihen des politischen ETA-Umfelds Konsternation und Protest hervorgerufen. Ob dieser Druck ausreicht, um die im radikalnationalistischen Lager traditionelle Unterordnung der Politik unter den Imperativ der paramilitärischen Strategie zu durchbrechen und die ETA-Aktivisten zur Aufgabe des bewaffneten Kampfes zu bewegen, bleibt abzuwarten. Klar scheint jedenfalls, dass ein blindes Festhalten am Terror mittelfristig den Prozess der Degradierung der ETA zu einer isolierten, sektiererischen Untergrundgruppe »à la Baader-Meinhof« beschleunigen würde, wodurch nicht nur der radikale, sondern vermutlich auch der moderate Nationalismus politische stark geschwächt würde. Daher fällt schon aus Gründen des Opportunismus den noch politisch denkenden Radikalnationalisten die komplizierte Aufgabe zu, die ETA zu einem neuen unbefristeten Waffenstillstand zu bewegen. Sollte dies gelingen und sollte die spanische Regierung mehr Flexibilität beim politischen Management der dann entstehenden politischen Situation zeigen, als das die konservative Regierung unter Ministerpräsident Aznar während der vierzehn Monate von 1998/99 tat, bestünde die Chance, nicht nur das Gewaltproblem zu lösen, sondern auch den diesem zu Grunde liegenden politischen Konflikt zu entschärfen. Nur so ergäbe sich die Möglichkeit, den historischen Sonderweg Spaniens auch in dieser Frage zu korrigieren.